Nr. 50. Halle (Saale), Mittwoch, den 28. Februar 1917. 28. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 80 Pf. frei ins Haus. Durch die Post 70 Pf. oder vierteljährlich Mk. 2,10 ohne Postgeld.

„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.

Schriftleitung: Hartz 49/44. Fernsprech. 1048 Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 46 mm breite Kolonelzeile od. deren Raum 20 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter Text (90 mm breite Kolonelzeile) 75 Pf.

Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis vorgestern 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben. (Größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).

Hauptgeschäftsstelle: Hartz 49/44. Fernsprecher 1047 Geöffnet: werktags ununterbrochen von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 28. Februar 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Englische Erkundungsvorstöße gegen einige Stellen der Artois-Front wurden abgewiesen. Im Ancre-Gebiet verliefen Infanteriegefechte im Vorfeld unserer Stellungen nach Absicht der Führung. Westlich von Bailly an der Aisne wurde eine unserer Flugsicherungen von den Franzosen überrumpelt; durch Gegenstoß kam die Postenstellung und die bereits gefangene Besatzung wieder in unsere Hand. Auf dem linken Maas-Ufer scheiterten französische Teilangriffe, die nach starkem Feuer nachts gegen unsere Gräben nordöstlich von Avocourt vorbrachen. Westlich von Markirch (Vogesen) schlugen Unternehmungen von vier französischen Aufklärungsabteilungen fehl.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Die Lage ist unverändert.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph. Beiderseits der Baleputna-Straße im Südteil der Waldkarpathen brachte ein gut vorbereiteter, forsch durchgeführter Angriff unsere Truppen in Besitz mehrerer russischer Höhenstellungen. 12 Offiziere, über 1300 Mann wurden gefangen, 11 Maschinengewehre und 9 Minenwerfer erbeutet. Die genommenen Linien wurden gegen mehrere heftige Gegenangriffe gehalten. Ein südlich der Straße gelegener Stützpunkt der Russen ist nach Zerstörung seiner Anlagen wegen für uns ungünstiger Lage ohne feindliche Einwirkung wieder geräumt worden.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen. Nichts Neues.

Mazedonische Front. Im Cerna-Bogen griffen die Italiener die von uns am 12. Februar gewonnenen Höhenstellungen östlich von Paralovo nach ausgiebiger Feuervorbereitung mit starken Kräften an. Der Angriff brach verlustreich zusammen; kein Fußbreit Bodens ging uns verloren.

•

Kut el Amara ist, wie gemeldet wird, von den Engländern besetzt worden.

•

Eine ganze Fischerflottille versenkt. Der Berichterstatter des Matin, der mit Fischern des englischen Kanals eine Unterredung hatte, teilt mit, vor einigen Tagen sei eine ganze Fischerflottille von einem deutschen U-Boote versenkt worden.

Die russische Duma und der Reichsrat haben ihre Sitzungen wieder aufnehmen dürfen.

Ueber die Kosten des Krieges

macht in der großkapitalistischen Rhein.-Westf. Zeitung Fab. Landau eine geradezu haarsträubende Aufrechnung. Die seit Anfang des Krieges von den kriegführenden Staaten gemachten Schulden (durch Anleihe usw.) betragen, soweit sie bekanntgeworden sind:

Staaten	Millionen Mk.	%	Aufb. Kop.	d. Bev. Mk.
England	78681	26,60	1683	
Deutschland	64000	21,66	937	
Rußland	59015	19,99	421	
Frankreich	51056	17,28	1283	
Oesterreich-Ungarn	22525	7,62	630	
Italien	16000	5,42	452	
Türkei	1412	0,48	65	
Serbien	1120	0,38	386	
Rumänien	640	0,22	86	
Bulgarien	500	0,17	109	
Belgien	240	0,08	31	
Japan	173	0,06	—	
Portugal	115	0,04	10	
Montenegro	?	—	—	

Mit diesen 295 407 Millionen Mark seien aber die gesamten Kosten des Krieges noch keineswegs erschöpft. Zu ihnen müßten noch die Rüstungsausgaben der Neutralen gerechnet werden, dazu die Kriegsausgaben der Gemeinden, die verlorenen und unberechenbaren Werte, die durch den Ausfall der Produktion, durch Vernichtung von Schiffen und deren Ladungen, durch Verwüstung auf den Kriegsschauplätzen usw. entstanden sind. Landau gibt dann eine Aufrechnung über die Edelmetallgewinnung der Welt seit 1493, die insgesamt nur 116 110 Millionen Mark betrage, eine ebensolche über den Wert der Eisenbahnen der Welt, der nur 208,7 Milliarden betrage und über den Wert der Gesamternte Europas in einem Jahre, der sich im Durchschnitt auf 31 665 Millionen Mark stelle. Es seien somit die Ernten von 10 Jahren erforderlich, um den Betrag der Kriegsschulden zu decken.

Landau schließt seine Schilderung: Die enormen Summen, die der jetzige Krieg verschlingt, sind bis Anfang 1917: pro Tag 623 548 740 Mk., pro Stunde 13 481 197 Mk., pro Minute 224 687 Mark. Jede Sekunde der weiteren Dauer des Krieges kostete, abgesehen von allen anderen unschätzbaren Verlusten, mindestens 3745 Mk. an baren Ausgaben.

Das sind Zahlen, die wirklich keines weiteren Kommentars bedürfen.

•

Die Parteien des Reichstags.

Nach dem neuesten Verzeichnis, das vom Bureau des Reichstags ausgegeben wird, steht an der Spitze der Parteien das Zentrum mit 91 Mitgliedern. Es folgen die Sozialdemokraten mit 85, die Fortschrittliche Volkspartei mit 45 (dabei ist Dr. Kaempf, der als Präsident keiner Fraktion angehört, nicht mitgezählt), die Konservativen mit 43, die Nationalliberalen mit 44, die Deutsche Fraktion mit 26, die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft mit 19 und die Polen mit 18 Mitgliedern. Keiner Fraktion gehören 15 Abgeordnet an. Erledigt sind sechs Mandate.

Reden von Sieg und Durchhalten.

Worte über Neuorientierung, Demokratie — Stärkung der monarchischen Gewalt.

Kriegspolitik der Regierung und Kriegspolitik der Sozialdemokratie.

Im Reichstage hat gestern der Reichskanzler die erwartete Rede gehalten, die auf denselben Ton gestimmt war, wie alle seine früheren. Er scheint zum Frieden bereit, aber er nennt nicht die Bedingungen. Gestern betonte er scharf die Entschädigungsfrage: da das auch der Staatssekretär getan hatte, so sieht fest, daß die Regierung große Kriegsentschädigungen verlangt. Herr Bethmann ist voll Siegeszuversicht.

Zur Neuorientierung sprach er wieder hübsche Worte, deren Sinn aber immer dunkel bleibt und immer dunkler wird. Jetzt meint Herr Bethmann, die Neuorientierung sei schon da — und vertröstet auf den „richtigen politischen und staatlichen Ausdruck dafür". Dabei denkt er auch an die Anerkennung der starken monarchischen Gewalt durch Männer der Demokratie. . . . Derweilen macht man in Preußen Fideikommißgesetze zur einzigen Sicherung des Landbesitzes für eine Herrenschicht und bereitet ein Plural„recht" vor, damit die besitzlosen Volksmassen nur ja nicht das gleiche Wahlrecht erhalten. Jawohl, die Neuorientierung ist schon da, sie war überhaupt immer da, nur hatte mancher gedacht — wir nicht — sie würde in einer Aenderung des Kurses bestehen.

Genosse Scheidemann versicherte in einer ausführlichen Rede, daß die Gegner die alleinige Schuld am Fortgange des Krieges haben und daß auch die von ihm geführte Sozialdemokratie mit Fleisch und Blut und Mark bei den kommenden Stürmen dabei sei. Er forderte klare Rechtsgleichheit, brandmarkte scharf den Wucher und feierte es als ein Ruhmesblatt, daß die deutschen Arbeiter im Gegensatz zu den Besitzenden auf jeden Kampf zur Hebung ihrer Lage während des Krieges verzichtet haben. Der Reichskanzler hatte das Dichterwort zitiert, „daß Deutschlands verachtetster Sohn auch sein getreuester war". — Für den verschärften U-Boot-Krieg lehnte er die Verantwortung ab, ebenso für die neuen Verkehrs- und Verbrauchssteuern, sieht aber darin keine Gründe, die Kriegspolitik (Kreditbewilligung) der sozialdemokratischen Fraktion gegenüber der Regierung zu ändern.

Die Reden Bethmanns und Scheidemanns bestätigten, daß auf beiden Seiten die Kriegspolitik nicht geändert wurde. Die Regierung beharrt fest auf ihrem Standpunkte, nennt weder Friedensziele noch innere Reformen, macht weiter indirekte Verbrauchssteuern und stützt die preußische Regierung in bezug auf ihre Fideikommiß-, Pluralwahlrechts- und Lebensmittelpolitik. Und die Sozialdemokratie (alte Fraktion) bleibt ebenfalls bei ihrer seit dem 4. August 1914 befolgten Kriegstaktik der Unterstützung der Regierung, auf deren Kriegführung, wie Scheidemann wieder feststellte, sie keinen Einfluß hat. Daß die Regierung auch ganz allein, ohne die Volksvertretung zur Mitwirkung heranziehen zu müssen, Frieden schließen wird, ist ja in der deutschen Reichsverfassung festgelegt.

Für die Zukunft haben diese Debatten große klärende Bedeutung.

•

Ausführlicher Sitzungsbericht.

68. Sitzung, Dienstag, den 27. Februar, vormittags 11 Uhr.

Haushalt und Kriegssteuern.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

Die Forderung des Tages heißt: Kämpfen und Siegen! (Lebh. Beifall.) Die Bewilligung der Kriegskredite verkündet aller Welt unsern unwiderruflichen Entschluß zu siegen, bis der Feind zum Frieden bereit ist. (Erneuter Beifall.) Ich will mich nicht an den Debatten darüber, wie dieser Friede aussehen soll, beteiligen (Sehr richtig! links und im Zentr.), weil es unfruchtbar wäre. Die feindlichen Machthaber haben sich untereinander ausschweifende Zusicherungen gemacht, aber damit doch nur sich und ihre Völker immer tiefer in den Krieg verstrickt. (Sehr richtig!) Ich halte an dem fest, was ich früher wiederholt gesagt habe: dem Kriege ein Ende machen durch einen dauerhaften Frieden, der uns Entschädigung gewährt für alle erlittene Unbill, und der einem starken Deutschland ein gesichertes Dasein und eine gesicherte Zukunft bietet. (Lebh. Beifall.) —

Auch auf innerpolitischem Gebiete gehen die Meinungen auseinander. Das Wort „Neuorientierung" erweckt leicht die falsche Vorstellung, als ob es in unserm Belieben läge, ob wir uns neuorientieren wollen oder nicht. Eine neue Zeit mit einem erneuten Volke ist da, ein Geschlecht, das so Ungeheures erlebt hat, ein Volk, von dem ein ergreifendes Wort eines feldgrauen Dichters sagen konnte:

„Daß sein verachtetster Sohn auch sein getreuester war"

(Lebh. Beifall), das sind lebende Kräfte, die sich von keiner Parteischablone, weder von rechts noch von links, einschränken lassen. (Sehr richtig!) Dabei handelt es sich nicht darum, das Volk zu belohnen für das, was es getan hat (Stürm. Zustimmung besonders links), das ist geradezu unwürdig. Es handelt sich nur darum, den richtigen politischen und staatlichen Ausdruck für das zu finden, was dieses Volk ist. (Erneute starke Zustimmung.) Die gewaltigen Aufgaben nach dem Kriege können wir nur lösen, wenn die gesamte Kraft, die es uns ermöglicht, den Krieg zu gewinnen, auch im Frieden fortwirkt. Das regelt sich nicht nach Parteischablonen, das ist eine Forderung der inneren Stärke unseres Staates, und diese Forderung wird sich durchsetzen. (Lebh. Zustimmung, besonders links.) Die Zeiten, wo

die Regierungen von der Kabinettspolitik beherrscht

wurden, wo die freiheitlichen Strömungen mehr oder weniger kosmopolitisch waren, sind überwunden. Heute hat uns der nationale Gedanke zu einer untrennbaren Einheit zusammengeschmiedet. (Lebh. Zustimmung.) Sowie das einsichtige Konservative anerkennen, so werden auch besonnene Verfechter der Demokratie den Wert unserer monarchischen Einrichtungen zu schätzen wissen. Die Briand und Lloyd George wollen von sich aus das deutsche Volk mit demokratischen Einrichtungen beschenken; nun, wo wir von etwas zu befreien sind, da werden wir es selbst besorgen. (Starke Zustimmung links.)

Auf den Militarismus können wir bei unserer geographischen Lage nicht verzichten.

Am wirksamsten ist er in der Hand einer Monarchie, die ihre Wurzel hat im Volke, und die ihre Kraft aus der Liebe des freien Mannes zieht. Dies ist Sinn und Wesen des deutschen Kaisergedankens und des preußischen Königtums.

Unser Friedensvorschlag vom 12. Dezember stieß bei unseren Feinden nur auf die verbissene Kriegsleidenschaft ihrer Machthaber, die stärker war als

der Schrei der Völker nach Frieden.

Die Wirkungen ihrer Antwort, die gröber und vermessener war, als irgend ein Vernünftiger bei uns und den Neutralen sie erwarten konnte (Sehr richtig!), liegen klar zutage: unsere Bündnisse und Fronten stehen fester da als je. (Bravo!) Auf unsere Gegner fällt die ungeheure Schuld des fortgesetzten Blutvergießens. — Die großen Schwierigkeiten, die für die neutrale Schiffahrt durch die Ankündigung der Seesperre entstanden sind, suchen wir möglichst zu mindern. Letzten Endes sind sie durch die brutale Seemacht England verursacht. (Sehr richtig!) Sie wollen und werden wir brechen (Lebh. Beifall) und die Neutralen werden uns dankbar sein. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben durch ihren Präsidenten mit dem schroffen Abbruch der diplomatischen Beziehungen geantwortet. Er behauptet, wir hätten durch unsere Note vom 31. Januar ohne vorherige Ankündigung vorsätzlich das in unserer Note vom 4. Mai 1916 gegebene feierliche Versprechen zurückgezogen. Diese Darstellung ist falsch. Amerika hat ungezähltes Kriegsmaterial an die Entente geliefert, und während man eifersüchtig über das Recht der amerikanischen Bürger wachte, mitten durch die Schlachtfelder der See ungehindert frei mit England und Frankreich Handel treiben zu können, selbst solchen, den wir mit teurem deutschen Blute bezahlt haben (Hört, hört!) schien das Recht der amerikanischen Bürger den Mittelmächten gegenüber nicht ebenso vollständig geschützt zu werden. Man protestierte zwar, aber man fügte sich. Die Voraussetzungen unserer Zusicherung vom 4. Mai 1916 sind hinfällig geworden. Wir haben niemals gesagt, wir beabsichtigten nicht die neuangekündigte Politik des U-Boot-Krieges von dem Ergebnis der Verhandlungen der amerikanischen Regierung mit irgend einer anderen Regierung abhängig zu machen. Die Voraussetzung, an die wir die Wiedererlangung der Freiheit unserer Entschließung geknüpft hatten, ist längst eingetreten. Nach der neuen englischen Sperre-Erklärung vom Ende Januar dieses Jahres konnte unser Entschluß für niemand eine Ueberraschung bilden. Wenn bei den Engländern amerikanische Menschenleben nicht in Gefahr kamen, so doch nur deshalb, weil die Neutralen und besonders Amerika sich freiwillig den Anordnungen Englands fügten und weil England so der Notwendigkeit überhoben ist, seinen Zweck durch Gewalt zu erreichen. Was wäre wohl geschehen, wenn die Amerikaner auf dem ungehinderten Passagier- und Güterverkehr mit Hamburg und Bremen bestanden hätten! (Lebh. Zustimmung.) Hätten sie das getan, so wären wir von dem peinlichen Eindruck befreit gewesen, daß nach amerikanischer Auffassung eine Unterwerfung unter englische Kontrolle mit dem Wesen der Neutralität vereinbar ist, daß die Anerkennung der deutschen Abwehrmittel aber mit dem Wesen der Neutralität unvereinbar ist. (Lebh. Zustimmung.) Wir bedauern den Bruch, aber es gibt für uns kein Zurück mehr, sondern nur noch ein Vorwärts. Daß England die verschärfte Anwendung der U-Boot-Waffe als größtes Verbrechen der Weltgeschichte hinstellen würde, war vorauszusehen. Jeder, der die englische Seeherrschaft nicht anerkennt, wird von ihnen als Feind der Menschheit hingestellt. Unser jetziger U-Boot-Krieg ist eine Erwiderung auf die Hungerblockade, die England seit Beginn des Krieges gegen uns ausübt. (Lebh. Zustimmung.) England glaubte nach dem Rezept der berüchtigten Konzentrationslager im Burenkriege Deutschland durch Aushungerung mit seiner stolzen Flotte zur Kapitulation zwingen zu können. England hat von Anfang an aus diesem Kriege

einen Krieg von Volk zu Volk

gemacht. (Stürm. Zustimmung.) Nach Ablehnung unseres ehrlichen Friedensangebotes blieb dem deutschen Verteidigungswillen nichts weiter übrig, als das Goethesche: „Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil!" Die bisherigen Erfolge seit dem 1. Februar übertreffen die Erwartungen unserer Marine bei weitem. (Lebh. Bravo!) Dank der unvergleichlichen Bravour unserer U-Boote (Lebh. Beifall) sind wir berechtigt, der weiteren Entwicklung des Seekrieges mit aller Gewißheit entgegenzusehen. (Lebh. Beifall.) Nach Ablehnung unseres Friedensangebotes sprach unser Kaiser das Vertrauen aus, daß jedes deutschen Mannes Kraft sich in heiligem Zorn über Machtgier und Vernichtungswut unserer Feinde verdoppeln werde. Daß dies Vertrauen gerechtfertigt war, hat das deutsche Volk bewiesen im Kampf, in Arbeit und im Dulden.

Wir haben einen schweren Winter hinter uns, und das namentlich für die ärmere Bevölkerung.

Beschränkungen im Bahnverkehr haben die Versorgungen mit Lebensmitteln und Heizstoffen noch erschwert. Das Heldentum unserer Frauen und Kinder, der Geist der Vaterlandsliebe, der sich so unbeugsam bewährt, hat schon jetzt den englischen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170228-18/fragment/page=0001

Aushungerungsplan zuschanden gemacht. (Lebh. Beifall.) Die militärische Lage hat sich kaum verändert. Ueberall sind unsere Fronten verstärkt, unsere tapferen Soldaten blicken vertrauensvoll auf ihre sieggewohnten Führer. In zorniger Geschlossenheit, gespornt durch die Ablehnung unseres Friedensangebotes, an den Landfronten für alle bereit. Dank der genialen Leitung unserer Obersten Heeresleitung (Beifall) und der unüberwindlichen Fähigkeit unserer Truppen (Beifall) auch an der Wasserfront unbesiegt und für den U-Boot-Krieg vielmals mehr gerüstet als im vorigen Jahr, so gehen wir voller Vertrauen den nächsten Monaten entgegen. (Lebh. Beifall.) Das Heer vor dem Feinde und das Heer in der Heimat beseelt gemeinsam der unbeugsame Wille, nicht zu dulden, daß wir in Schmach geraten, **daß wir der Freiheit entsagen müssen!** Dieser Wille, in Not und Tod tausendfältig bewährt und gehärtet, der macht uns unüberwindlich und führt uns zum Sieg. (Stürm. Beifall und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.)

Abg. Dr. Spahn (Zentr.):

Da wir den Krieg um die Sicherung unserer Existenz geführt hatten, konnten wir unsere Ziele als erreicht ansehen, als wir am 12. Dezember unser Friedensangebot machten. Die Antwort darauf war die offene Bekanntgabe der Weltherrschaftspläne unserer Gegner, die uns und unsere Verbündeten vernichten wollten. Wir sollten Elsaß-Lothringen an Frankreich, unsere östlichen Provinzen an Rußland abgeben; Oesterreich-Ungarn sollte aufgeteilt, die Türkei aus Europa hinausgedrängt werden. Dagegen gab es für uns nur eine Antwort: Durchhalten und Siegen! Es ist eine Schmach für das englische Parlament und das englische Volk, daß sie durch ihr Schweigen den brutalen Aushungerungskrieg gegen Greise, Frauen und Kinder gebilligt haben. Der Redner gibt dann eine auf der Tribüne im einzelnen unverständliche ausführliche Darstellung der Entwicklung des Streits um die Anwendung der U-Boot-Waffe. **Das Zentrum hat von Anfang an die Benutzung der U-Boot-Waffe gefordert,** wenn der Erfolg einer schweren Schädigung Englands gesichert sei. Der Redner kommt zum Schluß auf die Erörterungen über das Schutzhaftgesetz zurück und betont, er halte es für ein nobile officium des Kriegsministers, dafür zu sorgen, daß, ob nun im einzelnen Falle ein Antrag vorliege oder nicht, die Fälle von Schutzhaft auf Grund der neuen Bestimmungen untersucht werden. (Bravo! im Zentr.)

Abg. Scheidemann (Soz.):

Die Gefühle, mit denen die Sozialdemokraten den Reichstag diesmal betraten, sind anders als die, mit denen wir am 12. Dezember ihn verlassen haben. Trotzdem, wenn auch heute zerbrochen am Boden liegt, was damals zu leben schien, die Stunden, die wir Sozialdemokraten damals durchlebt haben, zählen zu den schönsten, frohesten und stolzesten unseres Lebens. Wir Sozialdemokraten sind allezeit die Träger der Friedensbewegung in Deutschland gewesen. Unsere Sache war und ist:

Eine Revolution der Vernunft gegen den Wahnsinn des Völkermordes,

und so mußte es uns mit tiefster Genugtuung erfüllen, als die Regierung mit Gründen, die den unsrigen wesentlich nahekamen, der Welt den Frieden anbot. Wir haben am 12. Dezember gegen die Eröffnung der Debatte über die Rede des Reichskanzlers gestimmt. Ich will Ihnen heute ganz offen sagen, warum. Wir glaubten damals in einer ganz besonderen Situation so handeln zu müssen, weil wir, offen herausgesagt, die Befürchtung hatten, daß durch unkluge Aeußerungen von einer bestimmten Stelle dieses Hauses den gegnerischen Regierungen eine gar zu bequeme Möglichkeit geboten worden wäre, das Friedensangebot Deutschlands abzulehnen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) **Weil uns aber die Sache des Friedens über alles ging,** haben wir in dieser besonderen Situation gegen die Debatte gestimmt. **Die Regierungen der Mittelmächte haben ihre Friedensvorschläge nicht näher bezeichnet.** Es hat sich infolgedessen ein großer Streit darüber entwickelt, ob diese Vorschläge **wirklich mit den Kriegszielen der Sozialdemokraten übereinstimmen.** Mir scheint ein solcher Streit sehr müßig zu sein, denn bei solchen Konferenzen kommt es wahrhaftig nicht darauf an, wie sie anfangen, sondern wie sie aufhören. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Und ich bin felsenfest überzeugt, daß das Ergebnis einer solchen Konferenz, so früh oder so spät sie stattfinden mag, nicht wesentlich anders ausfallen wird als das, was meine Freunde hier wiederholt als **das deutsche Friedensprogramm** skizziert haben. Ein noch deutlicheres Aussprechen dieses unausbleiblichen Ergebnisses in dem deutschen Friedensangebot hätte allerdings mehr genützt als geschadet. Freilich kann man sich nach den seitherigen Erfahrungen der Möglichkeit nicht verschließen, **daß ein klipp und klar ausgesprochener Verzicht auf Eroberungen die Energie der feindlichen Kriegsparteien noch mehr gestärkt hätte.** Andererseits hätte aber ein deutliches Friedensangebot auch der Friedensbewegung drüben mächtig weitergeholfen, und darauf war natürlich unsere ganze Politik einzurichten. Man wird uns heute sagen, daß unsere Arbeit ihr Ziel nicht erreicht hat. Nun: Ständen wir heute vor derselben Situation wie damals, wir würden genau wieder so handeln. **Soll es einmal zum Frieden kommen, den die Welt sehnsüchtig verlangt, so muß in jedem Lande eine starke Strömung vorhanden sein, die sich einer uferlosen Eroberungs- und Bis-ans-Ende-Politik entgegenwirft,** (lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) und der Regierung den Weg zur notwendigen Selbstbeschränkung zeigt und erleichtert. Anders werden wir überhaupt nie zu Ende kommen. Als die Gegner in ihrer Antwort an Wilson ihre Eroberungsabsichten rücksichtslos enthüllten, hat sich der Wille zur Verteidigung in unserem Lande hoch und entschlossen aufgerichtet. Es gab nur eine Stimme im Volke: **Lieber alles andere als einen solchen Frieden.** (Sehr richtig!) Man tut immer klug, andere Völker nach dem eigenen zu beurteilen. Ich frage, wenn wir etwa in umgekehrter Richtung ein ähnliches Programm aufgestellt hätten wie unsere Gegner, würde dann drüben nicht auch der Wille zur Verteidigung aufgeflammt sein? (Sehr richtig!) Jedermann hatte wohl erwartet, daß die Gegner nicht ohne Zieren und Sträuben, nicht ohne Betonung ihrer eigenen Stärke, nicht ohne tastende Versuche zu **Vorverhandlungen die deutsche Einladung zu einer Konferenz annehmen würden.** Aber eine so brutale, herausfordernde Sprache, **ein so wahnsinniges, allen Tatsachen hohnsprechendes Siegesprogramm,** das hatten wohl ganz wenige von jener Seite erwartet. Was man auch jenseits der Grenzen über die Entstehungsursachen dieses Krieges sagen mag, diese neue Blutschuld, die sie durch Ablehnung des Friedensangebots auf sich geladen haben, werden sie nimmermehr abwaschen können. (Lebh. Zustimmung.) Was war zu tun? Daß wir unsere Kräfte bis zum äußersten anspannen mußten, um die Pläne der Gegner zu vereiteln, darüber war das ganze Volk einig. Keine Uebereinstimmung bestand dagegen darüber, **zu welchen Zielen und mit welchen Mitteln.** Die Sozialdemokraten waren der Meinung, daß die nach der bisherigen Methode erreichten großen Erfolge sich **ohne Aenderung der Methode** festhalten und vermehren ließen, ohne daß eine weitere Macht auf die Seite unserer Gegner gezogen wurde, bis sich auch drüben der Friedenswille Bahn bräche. Wir sind mit dieser unserer Politik nicht durchgedrungen. So sehr wir das bedauern, so sehr begreifen wir, daß es anders gekommen ist. Am Tage nach der Veröffentlichung des feindlichen Eroberungsprogramms schrieb eines der Blätter, das unsere Politik am heftigsten bekämpft, einen Artikel mit der Ueberschrift: „Dank an Lloyd George." Der Dank war aufrichtig. Es gibt eben heutzutage auch eine

Internationale der Kriegsverschärfung und Kriegsverlängerung.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Lloyd George ist der Vater der neuen Entschlüsse der Reichsleitung, die in Gemeinschaft mit der Heeresleitung **die Verantwortung trägt, die wir ablehnen:** Der verschärfte U-Boot-Krieg ist eigentlich in der Konferenz der Alliierten in Rom beschlossen worden. Nachdem die Sache nun einmal in Gang gekommen ist, können auch wir nur von ganzem Herzen wünschen, daß er uns baldmöglichst den Frieden bringt. **Den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Amerika bedauere ich aufs tiefste. Wir stimmen nicht mit denen überein, die Amerika voreilig als einen neuen Feind** — man kann sagen — begrüßen. Ich will nicht auf alle Konsequenzen dieses Bruches eingehen, sondern nur auf die Ernährungsschwierigkeiten für die schwergeprüfte Bevölkerung Belgiens und Nordfrankreichs hinweisen. Diese Bevölkerung steht unter unserem Schutze, wir haben auch für sie nach Kräften zu sorgen. Das können wir am besten, **indem wir die Leute in dem Lande belassen, zu dem sie gehören,** in dem zu verbleiben sie ein Recht haben, und in das zurückzukehren, wenn sie es verlangen, man ihnen nicht wehren soll. Und weiter: Unserer militärischen Ueberlegenheit, die wir nach meiner bestimmten Annahme bis zum Ende des Krieges bewahren werden, stehen kolossale Kräfte gegenüber, die durch den offenen Hinzutritt Amerikas verstärkt werden. So verstehe ich diejenigen nicht, die die Koalition der Gegner leichten Herzens wachsen sehen und die Regierung noch zu immer größerer Maßlosigkeit der Kriegsziele ermuntern. **Wir werden schon aus Selbsterhaltungstrieb gegen jeden neuen Feind kämpfen,** der sich uns entgegenstellt. Wir vertrauen unserer bis an die Zähne gewappneten Volkskraft, aber wir mahnen zugleich auch das eigene Volk und die eigene Regierung zur nüchternen Einschätzung des Erreichbaren. Wir sehen in dieser Mäßigung den fruchtbaren Boden, auf dem doch einmal die Friedenssaat aufgeht. **Ehre, Dasein, wirtschaftliche Entwicklung, Freiheit des Reiches** müssen unangetastet aus diesem furchtbaren Ringen hervorgehen. Dazu ist die Anspannung aller Kräfte notwendig. Wenn die Frühlingsstürme losbrechen — wir deutschen Sozialdemokraten taten alles, um dies zu verhindern, und sie wären unbedingt verhindert worden, wenn auch die ausländischen Sozialdemokraten die gleiche Energie entfaltet hätten —, **dann werden auch wir mit unserem Fleisch und Blut für Deutschlands freie gesicherte Zukunft mit dabei sein,** und in diesem Sinne haben wir auch diesmal die geforderten Kredite bewilligt. Ich hätte gewünscht, daß schon vor der Bewilligung der Kredite der Reichskanzler über seine Gesamtpolitik Erklärungen abgegeben hätte. Die Aeußerungen des Reichskanzlers über die Kriegsziele stehen durchaus in Uebereinstimmung mit den Worten des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza. Seine klugen Aeußerungen haben in Deutschland den größten Beifall gefunden. Allerdings gibt es auch Ausnahmen. In gewissen Kreisen hat die neueste Wendung der Dinge eine Art Koller hervorgerufen, und in diesem Zustande schlagen sie um sich, ohne zu bedenken, wen sie treffen. Diese absonderlichen Vorkämpfer für Deutschlands Herrlichkeit scheinen nach dem Grundsatze zu handeln, daß wir immer noch viel zu wenig Feinde und noch immer viel zu viel Bundesgenossen haben. Man muß den Kraftüberschuß bewundern, den jene Herren in dieser Zeit der Lebensmittelknappheit aufbringen. (Heiterkeit.) Haben sie doch zu alledem noch Mut und Lust, dem Reichskanzler, wie es in einem ihrer Flugblätter heißt, an die Kehle zu springen. Wir haben erst in den letzten Tagen recht Erbauliches über den Kleinkrieg gegen ihn gelesen. Die Frivolität, mit der man sich zu dem Zwecke bekannt hat, Verhetzung zwischen militärische und Zivilbehörden zu tragen, übersteigt wirklich alles bisher Dagewesene. **Ein solches Treiben inmitten des Krieges grenzt schon an Landesverrat.** (Lebh. Zustimmung links.) **Was Liebknecht recht ist, müßte Kirdorff billig sein.** (Lebh. Zustimmung links.) In sachlicher Hinsicht war Liebknechts Ruf auf dem Potsdamer Platz eine harmlose Schwärmerei, verglichen mit dem Kirdorffschen Bombenschmiß am Pariser Platz. (Lebh. Widerspruch rechts. Lebhafte Zustimmung links.) Das sind dieselben Leute, die in ihren Versammlungen eine **wahrhaft kannibalische Freude darüber äußerten, daß die Friedensversuche mißlungen sind.** Wenn wir ringsum von Feinden umgeben sind und wenn überall in der ganzen Welt ein geradezu unbegreiflicher Haß gegen uns aufschäumt, so danken wir das nicht zuletzt jenem Treiben, (Lebh. Widerspruch u. Unruhe rechts; lebh. Zustimmung links) das man draußen mit Unrecht für die Stimme unseres nüchternen Volkes hält. Unser Volk hat in seiner übergroßen Mehrheit für solche Aeußerungen kein anderes Gefühl, als das des Abscheus und der Entrüstung. (Lebh. Zustimmung links.) **Wir stimmen dem Grafen Tisza zu: der Krieg darf nicht eine** Minute länger dauern, als zur Rettung unseres Lebens notwendig ist. Die Völker der Erde sollen wissen, daß nur der Starrsinn ihrer eigenen Regierungen an ihren Leiden wie an unseren schuld ist, und **daß sie einen ehrlichen Frieden der Verständigung jeden Tag haben können.** (Lebh. Zustimmung links.) Die Annahme der neuen Kredite belastet das Reich abermals mit Hunderten von Millionen an Zinsen. Im vorigen Jahre deckte man sie durch Steuern auf den Verbrauch und Verkehr; diesmal tut man es

durch Steuern auf den Verkehr und Verbrauch,

(Heiterkeit) und ich bin neugierig, was im nächsten Jahre beschlossen werden soll. Können wir diesmal diese Steuern nicht werfen, so müssen uns die nächsten Friedenswahlen die nötige Kraft dazu schaffen. **Die Last des Volkes ist riesengroß, aber noch größer ist der Unwille über die unbegreifliche Rücksichtnahme gegenüber dem Wucher.** (Lebh. Zustimmung. Gewiß müssen im Kriege die Lebensmittel teurer werden, aber was wir jetzt vielfach erleben, ist eine

planmäßig betriebene Ausplünderung des Volkes.

Und da verlangen die „ewig Notleidenden" noch Heraufsetzung der Preise für Brotfrucht, Milch und Zucker. (Hört, hört! links.) **Ich warne Sie, mit dem Feuer zu spielen.** Die unverantwortlichen Malzschiebungen aus Bayern nach Norddeutschland, die Bekanntmachungen zahlreicher Landräte, in denen den Landleuten ins Gewissen geredet wird, zeigen, wie schamlos der Wucher sein Unwesen treibt. Im Gegensatz dazu hat, wie Professor Herkner auch öffentlich ausspricht,

die organisierte Arbeiterschaft jeden Kampf um bessere Arbeitsbedingungen eingestellt.

Es ist das ein Ruhmesblatt für die deutschen Arbeiter. Sichern Sie jetzt in den kommenden kritischen Monaten, was noch auf dem Lande an Nahrungsmitteln vorhanden ist, für das ganze Volk. Es handelt sich hier um eine Frage, wo es **um das Leben und die Existenz des Volkes geht.** Die Widerstände (Mangel an Transportmitteln, Arbeitern) müssen überwunden werden. Trotz des Zugmangels möchte ich einen kleinen D-Zug bereitstellen lassen, **der den preußischen Landwirtschaftsminister entführt.** Ein Jubelschrei würde durch das ganze deutsche Volk gehen. (Lebh. Zustimmung links.) Und in dieser Zeit bringt man in Preußen das Fideikommißgesetz ein. **Schon geht man über die Not des Volkes hinweg.** (Sehr wahr! links.) Ich kann der Regierung nicht den Vorwurf ersparen, daß sie große Angst bekundet, wenn sie unter allerlei burgfriedlichen Vorwänden mit längst notwendig gewordenen Reformen, wie zum Beispiel der Schaffung eines Erbschaftssteuergesetzes, zurückhält. Der Reichskanzler hat heute Töne angeschlagen, deren wir uns freuen. Ich freue mich, daß er sich vollkommen im klaren darüber zu sein scheint, **daß die neue Zeit mit einem erneuerten Volke bereits da ist.** Das vom Reichskanzler zitierte Dichterwort ist das Wort eines sozialdemokratischen Dichters, des Dichters Karl Bröger in Nürnberg, und ich freue mich seiner Anerkennung. Er hat auch ausgesprochen, daß es sich nicht um Belohnung handeln kann. Die deutschen Arbeiter haben getan, was sie als ihre Pflicht erkannten, nicht einer Belohnung wegen. Aber jetzt muß es auch heißen:

Gleiche Pflichten, gleiche Rechte!

Ist es nicht geradezu ein Skandal, was wir am preußischen Wahlrecht erleben? (Lebh. Zustimmung links.) Da heißt es: **„Jetzt nichts und später nichts Rechtes."** Jetzt ein Dreiklassenwahlrecht wegen des Burgfriedens, und später einmal ein vier-, fünf-, sechsfach abgestuftes Pluralrecht. Ich bin begierig zu erfahren, in welche Schachtel dieses Schachtelsystems die zurückkehrenden Feldgrauen eingeschachtelt werden sollen. Die da draußen wären jämmerliche Schwächlinge, wenn sie von dem Recht, das sie zu beanspruchen haben, sich daheim auch nur einen Fingerbreit nehmen ließen. **Das gleiche Recht in Staat und Gemeinde kommt!** Es fragt sich nur, wie es kommt, wen **die heranbrausende Zeit tragen,** und wen sie **hinwegschwemmen** wird. Wer aber dann **untergehen will, wird** sein Schicksal verdient haben. (Lebh. Beifall b. d. Soz.) Der Belagerungszustand nützt nichts mehr — er schadet, **denn er verdirbt Ihnen die Stimmung im Volke.** Seine Begleiter, Zensur und Schutzhaft, wirken im höchsten Grade verbitternd. Wir haben vor einigen Tagen wieder allerlei aus dem Elsaß über die Schutzhaft gehört. **Das Wenige hat schon** große Erregung hervorgerufen, und **doch war es nur ein sanftes** Gesäusel, verglichen **mit dem furchtbaren Unwetter, das daherbrausen wird.** Die Folge dieses Systems ist nur das Großziehen von Spitzeln und Denunzianten gewesen. Solche Gewaltmittel im Innern helfen uns zum Siege wahrhaftig nicht. Das Heldentum unseres Volkes draußen und daheim zeigt sich nicht deshalb, weil, wie die Gegner behaupten, die Polizei und der Belagerungszustand jeden Widerstand unterdrückt, sondern **uns hält und trägt die Einsicht unseres Volkes in die bitteren Notwendigkeiten unserer Zeit. Es ist nicht Kadavergehorsam, es ist Staatsbürgerverstand.** Dieser Staatsbürgerverstand wird nicht dulden, daß man die Menschen nach Schulzeugnissen, Steuerleistungen usw. und wer weiß noch was alles klassifiziert. Wir wünschen uns eine Regierung, die den Mut hat zur befreienden Tat. **Auf bloße Versprechungen können wir nichts geben,** und die Geschichte wird den Reichskanzler nur nach dem beurteilen, ob er geholfen hat, Raum zu schaffen für die neue Zeit. Ich glaube an die Zukunft unseres Volkes, und daß man auch von ihm wird sagen können: „Jenem ward der gewaltige Wille und die unzerbrechliche Kraft." Keiner sollte eine andere Aufgabe kennen als die: **Mit unserem Volke den harten Weg zu gehen durch Not und Tod, vorwärts und aufwärts.** (Lebh., anhaltender Beifall.)

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

Die persönlichen Angriffe auf den preußischen Landwirtschaftsminister weise ich entschieden zurück. Dem preußischen Landwirtschaftsminister geschieht bitterstes Unrecht, wenn behauptet wird, er sei der Vater der Hindernisse gegen eine verständige und gerechte Verteilung der Nahrungsmittel. Ich kann nur zu seinem Lobe sagen, daß er mit Erfolg bestrebt ist, unsere Produktion aufrechtzuerhalten, und das gehört auch dazu, der Lebensmittelnot Herr zu werden. (Zuruf rechts: Sogar sehr!)

Abg. Dr. Wiemer (Volksp.):

Auswüchse des Militarismus bekämpfen auch wir, hoffentlich steht uns der Reichskanzler in diesem Kampf bei. Die Verantwortung für den U-Boot-Krieg tragen nicht Parlament und politische Parteien, sondern die militärischen Stellen. Wir bedauern den Bruch mit Amerika, aber jetzt gibt es kein Zurück mehr. — Später muß unter allen Umständen ein Ausbau der direkten Reichssteuern erfolgen. Am besten Einführung einer Reichsvermögenssteuer. — In der Kriegswirtschaft hat sich die bureaukratische Regelung nicht bewährt, der Bureaukrat muß mit dem Kaufmann gehen. Die Praxis einzelner Viehhandelsverbände hat sie in den Ruf gebracht, **staatlich konzessionierte Einrichtungen zur Ausbeutung des Volkes zu sein.** (Sehr wahr! links.) — Den Reichskanzler klagen wir an, daß er als preußischer Ministerpräsident die Einbringung der Fideikommißvorlage nicht verhindert hat. (Sehr wahr! links.) Wir sehen diese preußische Vorlage als eine Herausforderung an, die wir um so schwerer empfinden, als zugleich die so dringende Forderung der Wahlrechtsreform in Preußen unter Berufung auf den Burgfrieden auf die lange Bank geschoben wird. (Sehr wahr! links.) Die Vorlage bedeutet auch eine Herausforderung des Reichstags, der sich 1913 gegen eine weitere Bildung von Fideikommissen ausgesprochen hat. Wir protestieren gegen diese Forderung des Feudalismus (Bravo! links.) — Die Neuorientierung wird kommen, weil sie kommen muß, und zwar in der Richtung zu einer demokratischen Gestaltung des Staates. (Lebh. Beifall links.)

Abg. Graf Westarp (Kons.):

Die Ernährungsfragen sind nicht mit so allgemeinen Redewendungen, wie Herr Scheidemann sie brauchte, zu lösen. (Sehr richtig!) **Nach dem Kriege muß dem Wirtschaftsleben** wieder volle Freiheit geschaffen werden. Unter der Neuorientierung wird vielfach nichts anderes verstanden, als die Demokratisierung unserer Einrichtungen. **Dafür sind wir nicht zu haben.** Das, was sich bewährt hat, sollte auch nach dem Kriege nicht aufgegeben werden. Dazu gehört vor allem

die starke monarchische Gewalt,

die nicht vermindert werden darf. **Der Reichstag sollte nicht in Dinge hineinreden, die lediglich Sache der Einzelstaaten sind.** (Lebh. Zurufe links: Was tut der Landrat!) Hierher gehört die Neugestaltung des preußischen Wahlrechts. Ich sehe keine Logik darin, wenn man in der Forderung der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen keinen Bruch des Burgfriedens erblickt, aber hier lebhafte Klage erhebt, daß die Fideikommißgesetzgebung in Preußen ein Bruch des Burgfriedens sei. (Sehr wahr! rechts.) Bei diesen leidenschaftlichen Angriffen gegen das Fideikommißgesetz scheint mir vor allem das Machtbedürfnis des Reichstags mitzuspielen, der auf seinen Beschluß von 1913 verweist. Er sollte aber auch die Rechte Preußens wahren. Die Antwort der Entente auf das Friedensangebot mußte das deutsche Volk als Verletzung der Ehre unseres Kaisers und unseres Volks empfinden. (Bravo!) Aus der Ablehnung der Entente klang zynisch und frivol ihr Vernichtungswille gegenüber Deutschland hervor. Trotz mancher Ausführungen des Herrn Scheidemann und im vollen Bewußtsein der tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und uns über Fragen des Krieges und des Friedens will ich es doch hier aussprechen, daß ich ganz besonderen Wert darauf lege,

daß auch die Sozialdemokraten nach der Ablehnung des Friedensangebots klar und deutlich ausgesprochen haben: Jetzt ist die Tür zu weiteren Verhandlungen verrammelt!

und daß sie die Kritik nach Einsetzen des U-Boot-Krieges zurückgestellt haben. So steht das deutsche Volk geschlossen und einig da, fest gewillt, alles zu tun und zu ertragen, um den vollen Sieg zu erringen. (Bravo!) Auch die Hoffnung auf die Internationale, darauf, **daß die Massen sich erheben würden, um den Frieden zu erringen,** sollte nun endgültig begraben sein. Herr Scheidemann hat wieder versucht, den leitenden Staatsmann für seine Auffassungen über die Friedensziele in Anspruch zu nehmen. Ich halte diesen Versuch nicht für nützlich und glaube auch nicht, **daß er den Tatsachen entspricht.** Die Herren, die jede Grenzveränderung, wenigstens im Westen ablehnen, zeigen eine gewisse Unbelehrbarkeit hinsichtlich der Wirkung, die das nach außen haben muß. Das Programm der Friedensbedingungen, mit denen wir im Dezember in Verhandlungen hineingehen wollten, muß jetzt als erledigt gelten. Wir stehen vor neuen Opfern und Kämpfen, die auch neue Entschädigungen beanspruchen. Ohne Entschädigung würde unsere Industrie in dem Wirtschaftskampf nach dem Kriege nicht bestehen können, daher sind vor allem an der Entschädigung auch die Arbeiter interessiert. (Sehr wahr! rechts.) Wir brauchen auch neues Siedelungsland und schließlich auch militärische Sicherungen unserer Grenzen. Als einen Erfolg betrachte ich es, daß jetzt jeder Gedanke, Wilson könne als Friedensvermittler in Betracht kommen, fallen gelassen werden muß. (Sehr wahr! rechts.) Wir wissen, daß wir den uneingeschränkten Sieg erringen werden, den unser Volk will und der uns Dasein, Sicherheit und Entwicklung für alle Zukunft verbürgt. (Lebh. Beifall rechts.)

Weiterberatung Mittwoch 1 Uhr.

Politische Uebersicht.

Kirche, Kultus und Sozialdemokratie.

Im Preußischen Abgeordnetenhause ist am Dienstag der Kultusetat zu Ende beraten worden. Dabei hielten die Abgeordneten Ad. Hoffmann und Haenisch wichtige Reden, die wir des langen Reichstagsberichtes wegen erst morgen wiedergeben können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170228-18/fragment/page=0002

Eine Botschaft Wilsons.

Washington, 26. Februar. (Reutermeldung.) In einer Botschaft an den Kongreß sagte Wilson: Wir machen kritische Zeiten durch, in denen es meine Pflicht ist, in enger Fühlung mit den beiden Häusern des Kongresses zu bleiben. Die am 1. Februar angekündigte deutsche Taktik ist jetzt fast vier Wochen in Anwendung gekommen. Ihre praktischen Folgen sind noch nicht ganz zu übersehen. Der Handel der anderen neutralen Länder leidet ernstlich Schaden, obwohl vielleicht nicht mehr, als es schon vor dem 1. Februar, mit dem die neue Kriegführung anfing, der Fall gewesen ist. Wir haben die übrigen neutralen Regierungen aufgefordert, mitzuarbeiten, um dieser Zerstörung ein Ende zu bereiten. Aber ich fürchte, keine von ihnen hat eine gemeinsame Aktion mit den Vereinigten Staaten für ratsam erachtet. Unser eigener Handel leidet ebenfalls mehr durch das Abwarten als durch die eigentlichen Ereignisse, mehr durch die Tatsache, daß so viele unserer Schiffe ängstlich in den amerikanischen Häfen liegen bleiben, als dadurch, daß so viele Schiffe in den Grund gebohrt würden. Ueber die Störung im Schiffsverkehr in den amerikanischen Häfen, die die Folge der Tatsache ist, daß die Reeder nicht geneigt sind, ihre Schiffe ohne Versicherung und ohne genügenden Schutz aufs Spiel zu setzen und über die sehr ernste Störung des amerikanischen Handels, die die Folge davon ist, sagte Wilson: „Dies würde allein schon die Folgen haben können, die mit dem neuen deutschen U-Boot-Verordnungen, was uns anlangt, beabsichtigt werden. Wir können deshalb nur sagen, daß die offene Tat, von der ich hoffte, daß sie die deutschen U-Boot-Kommandanten verweiden würden, noch nicht eingetreten ist. Aber obwohl sich das glücklicherweise so verhält, liegen Andeutungen und Aussprüche von einem Teile der deutschen Presse und der deutschen Behörden vor, die den Eindruck eher verstärken als abschwächen, daß, wenn unsere Schiffe, unsere Bürger verschont bleiben, dies eher einem glücklichen Zufall oder der Tatsache zuzuschreiben ist, daß die Kommandanten der deutschen U-Boote, denen sie begegnen, unerwarteten Takt und Selbstbeherrschung an den Tag legen, als den Instruktionen, die diesen Kommandanten gegeben worden sind. Es wäre töricht zu leugnen, daß die Lage allerlei ernstliche Möglichkeiten und Gefahren in sich birgt, und es wäre sehr unvorsichtig, darauf nicht vorbereitet zu sein. Ich halte mich deshalb für verpflichtet, **sie aufzufordern, mir sofort alle die Machtbefugnisse zuzusichern, die ich jeden Augenblick benötigen kann.** Wir müssen unseren Handel und das Leben unserer Bürger unter den gegenwärtigen schwierigen Umständen mit Ueberlegung und Entschlossenheit schützen. Ich hoffe von ganzem Herzen, daß es nicht notwendig sein wird, die bewaffnete Macht in Tätigkeit treten zu lassen. Das amerikanische Volk wünscht das nicht.

Kein von mir gewählter Weg wird zum Kriege führen.

Der Krieg kann nur herbeigeführt werden durch mutwillige offensive Handlungen. Ich ersuche Sie, mich zu ermächtigen, unsere Handelsschiffe, wenn sich das als notwendig herausstellen sollte, mit Waffen zur Selbstverteidigung, mit Mitteln, um sich ihrer zu bedienen und mit allen anderen Mitteln auszurüsten, um die Methoden anzuwenden, die notwendig oder geeignet sein könnten, um unsere Schiffe und Bürger bei ihrer geschäftlichen und friedlichen Arbeit auf der See zu schützen. Wir denken nicht nur an die materiellen Interessen, sondern mehr noch an die großen Grundsätze von Mitgefühl und Schutz, die die Menschheit über das Menschenleben wachen lassen, über das Leben von Menschen, die auf friedliche Weise an der Instandhaltung der Industrie der Welt arbeiten, und über das Leben von Frauen und Kindern. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Mann mit amerikanischen Grundsätzen zögern könnte, diese Dinge zu verteidigen."

Die Debatte im Senat hat nach den amerikanischen Berichterstattern französischer Zeitungen „einen bisher unbekannten Grad von Erhitzung erreicht". Die Demokraten hätten am Sonnabend die Aufrichtigkeit der Beweggründe angegriffen, die die Obstruktion der Republikaner veranlaßt habe. Man erfahre hieraus, bis zu welchem Grade von Ueberreizung die Gefühle und Leidenschaften augenblicklich in beiden Kammern geteilen seien. Als Senator Lodge erklärt habe, wenn der Präsident handele, habe er den Kongreß hinter sich, handele er nicht, so verliere er das Vertrauen, habe damit Lodge die Haltung der republikanischen Partei klar gezeichnet, zugleich aber einen Sturm entfesselt. Der Tumult sei bis zum Paroxismus gestiegen, als nach den scharfen Angriffen Lodges gegen die Unthätigkeit Wilsons seit seiner Botschaft vom 3. Februar, der republikanische Senator Fall den Wortlaut des Beschlußantrages vorschlug, der dem Präsidenten die Ermächtigung erteilte, die Streitkräfte der Union zum Schutze amerikanischen Lebens und Handels zu verwenden.

Washington, 27. Februar. (Reutermeldung.) Im Repräsentantenhause wurde eine Bill eingebracht, durch die der Präsident ermächtigt wird, die Handelsschiffe zu bewaffnen und andere Maßregeln zu treffen, um sie auf hoher See zu schützen. Außerdem sieht die Bill eine besondere Ausgabe von Obligationen im Betrage von 100 Millionen Dollar vor.

•

Ein sozialistischer Gesetzesantrag im amerikanischen Kongreß.

Der Kampf, den unsere amerikanischen Genossen gegen die drückende Lebensmittelteuerung führen, prägt sich auch im amerikanischen Kongreß aus. Der sozialistische Abgeordnete Genosse Meyer-London hat eine Reihe von Anträgen zum Kampf gegen die Teuerung eingebracht, in denen eine strenge Regierungskontrolle über die Verteilung der Lebensmittel gefordert wird. „Die gerichtlichen Untersuchungen und Verfolgungen," heißt es in der Begründung dieser Anträge, „bringen keinen Nutzen. Das Uebel ruht in dem System selbst, das dem privaten Kapital gestattet, sich des Notwendigsten zum Leben, der Nahrungsmittel zu bemächtigen." In den europäischen Ländern sei man bereits unter dem Drucke des Krieges zum System der Staatskontrolle über den Lebensmittelmarkt übergegangen. Aehnliche Maßnahmen seien auch in Amerika notwendig. Die von Meyer-London eingebrachte Bill lautet:

„Die Parlamentskommission zum Kampf gegen die Teuerung muß eine Gesetzesvorlage ausarbeiten und sie der Regierung der Vereinigten Staaten oder der auf dem Wege der Gesetzgebung geschaffenen Instanz zur Annahme empfehlen; diese Vorlage muß den Transport, die Märkte, die Aufbewahrung und Verteilung der Lebensmittel regeln; sie muß ferner die Erwerbung, Unterhaltung, Instandsetzung, Verwaltung und Kontrolle aller Gebäude, Institutionen, Warenlager, Kornspeicher, Schlachthäuser nebst allem Inventar regulieren, was notwendig ist zur Verwirklichung einer strengen Kontrolle der Regierung über die Beschaffung und Verteilung der Lebensmittel."

Zur Ablehnung der Kriegskredite.

Die Erklärung, die die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft über ihre Verweigerung der Kriegskredite im Reichstag abgab, wurde im Parlamentsberichte nur in verstümmelter Form wiedergegeben. Bei der Bedeutung des Schrittes tragen wir nun den Wortlaut nach:

Abg Ledebour (Soz. Arb.):

Die Kriegskredite werden von der Regierung gefordert zur Durchführung ihrer Kriegspolitik. Werden der Regierung die Kredite bewilligt, wird ihr damit eine Blankovollmacht erteilt zur beliebigen Verwendung dieser Gelder im Kriege. Diese Vollmacht ist viel umfassender, als bei der Bewilligung des Budgets, die immerhin noch die Verwendung der Gelder an gewisse Vorschriften knüpft. Eine Partei, die der Regierung durch Bewilligung von Kriegskrediten das denkbar stärkste Vertrauensvotum erteilt, übernimmt damit die Mitverantwortung für die Kriegsziele der Regierung und für die Maßnahmen, die sie zur Erreichung dieser Kriegsziele zu ergreifen gedenkt.

Ein solches Vertrauensvotum der Regierung zu erteilen, ihr eine solche Blankovollmacht auszustellen, eine solche Mitverantwortung für ihre Kriegsziele zu übernehmen, sind wir auch diesmal nicht in der Lage. Unsere Gründe dafür sind die folgenden.

Ein Dauer verbeißender schleuniger Friede ist der sehnlichste Wunsch aller Völker. Nach wie vor bekundeten alle kriegführenden Regierungen, ihn ernstlich zu erstreben. Die Taten der Regierungen stehen indes mit diesem Lippenbekenntnis nicht im Einklang. Auch das Friedensangebot der Reichsregierung vom 12. Dezember v. J. entspricht nicht den Anforderungen, die an seine Zweckdienlichkeit gestellt werden müssen. Seine Inhaltlosigkeit schmälert seinen Wert. Ein leeres Friedensangebot steht insbesondere im Widerspruch zu unserer Forderung, daß in jeder derartigen Kundgebung rundheraus auf alle Annektionen verzichtet werden muß.

Um ermessen zu können, was die Regierung mit ihrem leeren Angebot denn eigentlich bezweckte, sind wir auf Folgerungen aus früheren Aeußerungen von Regierungsvertretern über die Friedensfrage angewiesen. Sie führen zu dem unabweisbaren Schlusse, daß die Regierung Annektionen im Osten und Westen plant, Annektionen, bei denen es sich nur um den Erwerb volksfremder Gebiete handeln kann.

Mit solchen Annektionsplänen in völligem Einklang steht das Pochen auf den Sieg, das in keiner Kanzlerrede, in keiner monarchischen Kundgebung fehlt, und das nicht einmal zur Zeit des Friedensangebots unterblieb.

Die erzwungene Angliederung von Ländern oder Landesteilen an einen anderen Staat wider den Willen der Bevölkerung solcher Gebiete steht in schroffem Widerspruch zu dem sozialdemokratischen Grundsatze des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Die Verwirklichung einer solchen Forderung würde obendrein an Stelle eines dauerhaften Friedens nur einen Waffenstillstand herbeiführen, der den Keim neuer Revanchekriege in seinem Schoße birgt. Wir können deshalb schon dieser Pläne wegen den Krediten unsere Zustimmung nicht geben.

Daß der Zehnerbund in seinen Noten sich zu ausschweifenden Eroberungsplänen bekannt hat, die gleichfalls dem Friedensschluß entgegenwirken, kann unser Urteil über das Verhalten der Reichsregierung nicht abschwächen.

Unsere gegnerische Stellung zu der Kriegspolitik der eigenen Regierung gibt uns aber das volle Recht, den dringenden Wunsch auszusprechen, daß unsere sozialistischen Freunde in den Ländern des Zehnerbundes insgesamt dem erfreulichen Beispiele folgen, was überall bereits Vorkämpfer des Sozialismus durch die entschiedenste Bekämpfung der friedenvereitelnden Machenschaften ihrer heimischen Machthaber gegeben haben. Müssen doch die Vertreter der sozialistischen Weltanschauung in allen Ländern den gleichen Kampf führen gegen die imperialistischen Bestrebungen, zu denen der Ausbeutungsdrang alle kapitalistischen Mächte anstachelt.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wird auch verletzt durch die Art und Weise, wie das Deutsche Reich gemeinsam mit Oesterreich-Ungarn die Neubegründung eines polnischen Staates in die Wege geleitet hat. Es hätte der Bevölkerung Polens überlassen werden müssen, selbst über die Gestaltung des polnischen Staatswesens zu entscheiden. Die Proklamierung eines Königreichs Polen von Mittelbunds Graden mußte in Polen Verstimmungen hervorrufen und als Vorwegnahme eines Kriegsziels die gleichzeitig versuchte Anbahnung des Friedens erschweren.

Wir können auch nicht die Mitverantwortung übernehmen für die Methoden der deutschen Kriegführung. Der rücksichtslose Unterseebootkrieg wurde von Anfang an von uns entschieden bekämpft. Wir fordern heute noch seine Einstellung. Er entspricht unserer Auffassung nach ebensowenig den Geboten der Menschlichkeit, die auch im Kriege zu beobachten sind, wie der von England gegen Deutschland betriebene Aushungerungskrieg.

Der Uebergang zum rücksichtslosen U-Boot-Krieg hat leider sofort den Kriegslieferanten und sonstigen Kriegshetzern in Amerika den erwünschten Vorwand geliefert, die Regierung der Vereinigten Staaten zum Bruch mit Deutschland zu treiben. Unsere grundsätzliche Stellungnahme zum rücksichtslosen U-Boot-Krieg sichert uns aber Gehör, wenn wir an unsere Gesinnungsgenossen in Amerika wie an alle dortigen Friedensfreunde die dringende Aufforderung richten, unbeirrt weiter dafür zu wirken, daß der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg und damit die uferlose Erweiterung des Völkergemetzels noch in letzter Stunde verhindert wird.

Wie zur auswärtigen, stehen wir auch zur inneren Politik der Reichsregierung im ausgesprochenen Gegensatz. Entschiedenen Widerspruch müssen wir erheben gegen das System der Lebensmittelversorgung in Deutschland, das die durch den Krieg hervorgerufene Not ins Unerträgliche steigert und die Bevölkerung den Lebensmittelwucherern in Stadt und Land preisgibt. Den Begünstigten im Nahrungsmittelgewerbe wie in der Kriegsindustrie fließen unermeßliche Profite zu auf Kosten der darbenden Massen.

Dabei verhält sich die Regierung völlig abweisend gegenüber den Rechtsforderungen des Volkes. Seit 2½ Jahren wird das Volk mit leeren, unverbindlichen Versprechungen vertröstet, trotzdem doch die dringendsten Reformen, vor allem die Verbesserung des Wahlrechts im Reich und in den Einzelstaaten, völlig spruchreif sind. Den Einwand, daß die Kriegszeit für Gesetzesänderungen nicht geeignet sei, widerlegt die preußische Regierung selbst durch Betreibung des Fideikommißgesetzes im Sonderinteresse des Großgrundbesitzes.

Die rechtliche Stellung der Arbeiter dagegen wurde während der Kriegszeit obendrein noch wesentlich verschlechtert durch das Hilfsdienstgesetz, das der Arbeiterklasse die Freizügigkeit und das Koalitionsrecht beeinträchtigt und sie so mehr noch als im Frieden dem Unternehmertum zur Mehrung der Profite ausgeliefert hat.

Schließlich würden wir gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern auch deshalb die Unterstützung der Regierungspolitik nicht verantworten können, weil den Versprechungen bei Kriegsbeginn zwischen der Belagerungszustand noch immer nicht aufgehoben ist, sondern in wachsendem Maße, mit Wissen der Regierung, zur Unterdrückung der freien Meinungsäußerung mißbraucht wird. Versammlungen werden verboten, Zeitungen unterdrückt, oppositionelle Sozialdemokraten sind einer qualerischen militärjustizlichen Verfolgung ausgesetzt und, wie wir heute erst wieder vernommen haben, werden auch bürgerliche Reichstagsabgeordnete oppositioneller Richtung auf Grund des Belagerungszustandes ihrer persönlichen Freiheit und ihrer staatsbürgerlichen Rechte beraubt.

Vertretern der klassenbewußten Arbeiterschaft kann man nicht ein Vertrauensvotum für eine Regierung zumuten, die selbst durch ihre Taten dem Volke das ärgste Mißtrauen bekundet und fortgesetzt im Kriege die wichtigsten Entscheidungen selbstherrlich trifft, ohne dem Volke oder den Volksvertretern irgendwelchen Einfluß darauf zu verstatten.

Indem wir deshalb der Reichsregierung die geforderten 15 Milliarden Kriegskredite ablehnen, richten wir gleichzeitig an die geknüteten Völker die Mahnung gemeinsam zu wirken für einen dauernden, auf gegenseitige Verständigung begründeten Frieden.

Frühjahr 1917.

Die deutsche Mode

bringt wiederum hervorragende Erzeugnisse in solider, geschmackvoller Ausführung.

Tägliche Eingänge der bevorzugten

Neuheiten

in

Damen-Kleiderstoffen — Seidenstoffen — Samten — Besatzknöpfen

Fertiger Damen- und Kinder-Bekleidung

Damen-Hüten — Putzzutaten — konfektionierten Weisswaren — Taschen

4269

Die neuen Ullstein-Schnittmuster sind nur bei uns erhältlich.

Geschäftshaus **J. LEWIN** Halle an der Saale, Marktplatz 2 und 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170228-18/fragment/page=0003

Walhalla-Theater.

Anfang ½8 Uhr. 4265

Heute Ehren- und Abschieds-Abend

für Frau Paula Dorenal

und das gesamte Künstler-Personal.

Zum letzten Mal:

Die Czardasfürstin.

Operette von Emerich Kálmán.

Donnerstag: 1. Gastspiel

Jean Blatzheim,

der Meister des Kölner Humors,

mit seiner erstklassigen Gesellschaft.

„Die schwebende Jungfrau"

Schwank in 3 Akten von Arnold und Bach.

Verfasser von „Die spanische Fliege".

Tageskasse von 10—1½ und 4—6 Uhr.

Arbeiter-Gesangverein Ammendorf und Umgegend.

Sonntag, den 4. März 1917 im „Dreierhaus" zu Diendorf:

Großer humoristischer Abend

unter Mitwirkung der Duettisten

Herren **Stummer** und **Müller.**

*1561 Anfang ½7 Uhr.

Es ladet freundlichst ein Der Vorstand.

NB.: Unsere Singestunden finden bis auf Weiteres jeden Sonntag 7 Uhr statt.

Sangesfreunde können sich daselbst melden.

Achtung!

Apollo-Theater.

5267

Des kolossalen Erfolges wegen

1. März

und folgende Tage:

Der Stolz der 3. Komp.

Markenfrei. Markenfrei.

Eröffne am 1. März eine 4257

Verkaufsstelle für Seifen-Ersatz.

Hochachtungsvoll **M. Schaffernicht,**

Olearius-straße 10, Hallmarkt.

Ansichts-Postkarten

empfiehlt Die Volks-Buchhandlung.

Apollo-Theater.

4260

Telephon 6183.

Vorverkauf im Theater-Bureau 9—1 und 4—6½ Uhr.

Täglich: **Punkt 8 Uhr:**

Hartstein

in seiner **Glanzrolle** als **Musketier Distelbeck** in dem unverwüstlichen Schlager

Der Stolz der 3. Kompagnie

Militärschwank aus der Friedenszeit in 2 Bildern von **Wilhelm Hartstein.**

Ueber 1000 Mal

von der Hartstein-Gesellschaft aufgeführt!

Vorher:

Das grosse vornehme Programm

5 erstklassige Neuheiten!

Donnerstag, 1. März, und folgende Tage:

Dieselbe Vorstellung.

Stadt-Theater Halle

Direktion: **Leopold Sachse.**

Donnerstag den 1. März 1917:

Das Dreimäderlhaus.

Singspiel in drei Aufzügen von A. M. Willner und Heinz Reichert. 4262

Musik nach Franz Schubert, bearbeitet von Heinrich Berté.

Freitag den 2. März 1917:

Gyges und sein Ring.

Mitglieder-Versammlung

des 4256

Vereins Hallische Ostpreußenhilfe für Biala, e. V.,

am 8. März 1917, abends 9 Uhr, im Beratungszimmer d. Bankhauses Reinh. Steckner.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Entlastung.

Der erste Vorsitzende: Geheimer Justizrat Else.

Die

Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei

e. G. m. b. H. :: Halle, Harz 42/44

hält sich zur

Ausführung von Druckaufträgen jeder Art

für

Gewerbe, Handel, Industrie und Privatbedarf,

insbesondere den

Konsumvereinen, Krankenkassen, Gewerkschaften u. a. Vereinen etc.

bestens empfohlen.

Sauberste Herstellung, auch in Kunst- und Mehrfarbendruck.

Vorteilhafte maschinelle Einrichtungen und Stereotypie ermöglichen die schnellste Anfertigung grösserer Auflagen.

F

Praktischer Wegweiser

empfehlenswerter Einkaufsquellen

Beachtet wöchentl. einmal **Halle a. S.-Land** Zur Beachtung empfohlen

Bitterfeld

Bitterfelder Biere sind ausschenkt.

R. Richter, Kaiserstr. 1b Uhren, Goldwaren, Optik. Reparaturwerkstatt.

A. Nöbel Kolonialwaren Innere Bismarckst. 40

Oswald Sucker, Kaiserstr. 8 Schlüssel, Schlosser Fahrräder.

C. Trabitzsch Cigarr., Cigarett. Kaiserstr. 38.

Eisleben

Eisleben Aktienbrauerei Eisleben empfiehlt ihre H. Biere und alkoholfreien Getränke.

Hettstedt

S. Rosenberg Konfektion und Manufakturwaren

Merseburg

Bürgerliches Brauhaus Merseburg 12. Biere und alkohol. freie Getränke

Th. Ebert Entenplan 15, Mechanikerm. Optiker

Delitzsch

Besuchet die **Lichtspiel-Theater** Kuhnbacher Marktplatz.

H. Kurze Nachf., Damen-Putz.

E. Preiler, Manufakturwaren.

V. Rehn, Drückerei.

H. Wieseler Kinderwag. 50% Korbwaren

Sangerhausen

Herm. Bader Apoth. Sangerhausen gegr. 1689 Lieferant für alle Krankenkassen Allopathie u. Homöopathie Verbandstoffe, Drogen, Chemikalien.

Torgau

Kolonial- und Eisenwaren Farben und Sämereien kauft man sehr günstig bei **Herm. Leibnitz**

Paul Robisch Kaufhaus Bäckerstr. 6

Wittenberg

Besuchet Die das **Lichtspiel-Theater** Mittelstraße 9.

Trinkt Wittenberger Aktien-Bier

Aug. Linke Hüte Mützen, Felle u. Pelzwaren.

Kammwaren

kaufen Sie gut und billig im 3838

Kaufhaus

H. ELKAN,

Leipzigerstraße 87.

Federzug-Hosenträger,

sehr elastisch, ohne Gummi, sein Schulterdruck, schont die Wäsche, unverwüstlich im Tragen, **Paar 2.25,** in einfacher Ausführung **Paar 1.50 Mk.**

Dauerwäsche Marke Waschbär,

Kleiner Berlin Nr. 2, 1 Treppe, Ecke Sternstrasse. 3918

Kaufe Donnerstag, 1., u. Freitag, 2. März, von 10—6 Uhr Platin Pr. 7 ℳ, alte künstliche **Gebisse** im Hotel „Stadt Berlin", Leipzigerstraße 45, Zimmer 6, I. Allgem. Gebisse bis 20 ℳ, wertvolle Verarbeitung bis 150 ℳ.

Frau *1557

C. Willig, Hamburg.

BETTNÄSSE *1246

Befreiung sofort. Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. „Sanis-Versand" München 759 Landwehrstr. 44

Parteischriften empfiehlt: Volksbuchhandlg.

Lumpen! 3705

Zahle für

Lumpen	kg **15-20 Pfg.**	**Alte Strumpfabfälle**	kg **160 Pfg.**
Knochen	kg **10 „**	**Neutuch**	„ **100 „**
Alt-Papier	„ **4 „**	**Zeitungen u. Bücher**	„ **6 „**

Teleph. 2409. **Alfred Rein,** Königsberg 5.

Bekanntmachung.

Von **Donnerstag den 1. März d. J. ab** wird der Personenzug **588** Halle (ab 9[35]) — Sangerhausen (an 11[38]) (— Nordhausen) wie folgt verlegt:

Halle	ab	9[22]
Schlettau	an	9[35]
„	ab	9[37]
Zscherben	„	9[47]
Eisdorf	„	9[52]
Teutschenthal	an	9[57]
„	ab	9[59]
Wansleben	„	10[05]
Oberröblingen (See)	an	10[13]
„	ab	10[18]
Erdeborn	„	10[25]
Helfta	„	10[33]
Eisleben	„	10[42]
Wolferode	„	10[57]
Sangerhausen	an	11[28]

Halle, den 26. Februar 1917. *1565

Königliche Eisenbahndirektion.

Metallarbeiter-Verband Halle.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Schlosser

Hugo Rümpler

nach kurzem, schweren Krankenlager verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Donnerstag, nachm. ½3 Uhr, auf dem Südfriedhofe statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht 426.

Die Orts-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Nach Erlaß der Bundesrats-Bekanntmachung vom 8. Februar 1917 über den Zahlungsverkehr mit dem Auslande wird die Verordnung des stellv. Generalkommandos vom 7. Februar 1917 über den Geldverkehr mit dem Auslande aufgehoben. *1558

Magdeburg, am 21. Februar 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:

Frhr. von Lyncker

General der Infanterie à la suite des Infanterie-Regiments Nr. 9.

Arbeitsmarkt

Kesselschmiede-Lehrlinge

werden unter günstigen Bedingungen eingestellt. *1536

Dampfkessel-Fabrik Feger, Ammendorf.

Jüngeren **Arbeitsburschen** sucht Kiesel, Alt. Markt 22. *1568

Klavier-, Violin-, Mandolin- und Gitarre-Unterricht erteilt 8607] **Wally May,** Torstraße 49.

Geschirrführer gesucht. *1562 Südstraße 62, Kontor links.

Familien-Nachrichten.

Als Verlobte empfehlen sich

Margarete Hottenrott

Paul Haedeke zurzeit im Felde.

Halle, im Februar 1917. 4258

Am 26. ds. Mts. verstarb nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser lieber, treusorgender Vater, der Schlosser

Hugo Rümpler

im noch nicht vollendeten 34. Lebensjahre. 4258

In tiefer Trauer:

Frau Luise Rümpler geb. Mahn nebst Kindern.

Halle, Ludwigstr. 5, den 28. Febr. 1917.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 1. März, nachmittags 2½ Uhr, auf dem Südfriedhofe statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170228-18/fragment/page=0004

Unterhaltungs-Beilage
des Hallischen Volksblattes.

Halle, 28. Februar. Nummer 50 — 1917

16]
Der arme Buchbinder.

Roman von Hermann Horn.

Nachdr. verb.

Aber der Direktor fühlte sich durch die Vertraulichkeit des Seibel angewidert. Denn der hatte zuletzt dicht in sein Gesicht gesprochen, als gehörten sie beide zueinander.

„Zurück, du Schuft," schrie er, „du wirst schwören, was dir paßt."

Da taumelte der Seibel erschrocken zurück.

„Ja, glauben Sie denn, ich könnt' so was tun?"

Er sah den Direktor an und den Buchbinder, der ihm, bleich im Gesicht und ein wenig zitterig, höhnisch in die Augen blickte.

Dann kam's dem Aermsten, wie schwer der Verdacht auf ihn fallen mußte.

„Sag die Wahrheit, du Schuft," schrie er und wollte auf den Buchbinder los.

Der Direktor schwang seinen Prügel.

„Zurück," brüllte er, „keiner vom Platze mehr!"

Jetzt kam der Portier.

Der Seibel war früher mit ihm gut befreundet gewesen.

„He," sagte er jetzt zu ihm, „August, das hättest du auch nicht gedacht, daß du mich noch einmal bewachen mußt. — Was? —"

„Das gehört nicht daher," erwiderte der Mann ernst und abwehrend.

„Ja, glaubst denn du auch, daß ich ein Dieb sei? —"

Bevor der Portier antworten konnte, mischte sich der Direktor drein.

„Schweigen Sie," sagte er zum Seibel, „das wird sich alles schon finden. —"

Dann gab er dem Portier den Stock, und er solle niederschlagen, wer nicht pariere.

Das sah der Seibel mit großen Augen und erkannte nun, wie schlimm es auch um ihn stand und er senkte ängstlich den Blick zu Boden.

Bald kamen zwei Schutzleute und ein Polizeikommissar.

„Entweder," sagte der Direktor, „sind sie's beide zusammen gewesen, oder der Seibel allein. Verdächtig sind sie alle zwei. Der Seibel versteckte sich vor mir, wie ich vorhin in diesen Raum eintrat."

Wirklich wiederholte der Seibel, nachdem der Direktor das Seine gesagt, stockend und verwirrt seine Erzählung von vorhin, denn er war niedergeschlagen und hatte sich zu früh verausgabt.

„Wo waren Sie?" fragte unvermittelt der Kommissar Leopold Settner.

„Ich bin mit dem Fahrstuhl nach der Buchbinderei gefahren — das heißt," verbesserte er sich rasch, und erkannte, was er sich für eine Blöße gegeben hatte, beherrschte sich aber doch — „ich wollte in die Buchbinderei fahren."

„Sie wollten," fragte der Kommissar scharf.

„Der Fahrstuhl geht mitunter nicht recht, und da fuhr ich vorbei und blieb oben stecken. Da ich aber wußte, wie man das ändern kann, machte ich mich frei, und weil ich schon zu weit heruntergekommen war, fuhr ich gleich bis hierher und wollte die Treppe herauf gehen."

„Der Fahrstuhl ist nicht in der Reihe," schaltete Molkenbauer ein, „das stimmt."

Der Kommissar sah auch ihn mißtrauisch an.

„Sie sollten sich nicht dazwischen mengen," sagte er.

Aber der Direktor sagte: „Lassen Sie nur, der ist gut."

Sie berieten lange im geheimen über die Möglichkeiten, und begannen ringsum zu sehen, ob das Geld nicht zu finden sei.

Und da frohlockte der Buchbinder zum ersten Male.

Jetzt mußte das Paket schon unterwegs sein.

Als er dann in einem besonderen Kraftwagen ins Untersuchungsgefängnis gebracht wurde, war der Buchbinder doch voll innerer Aufregung, daß seine Hand daneben griff, und er fast gefallen wäre beim Einsteigen.

Der Schutzmann, der ihn zu begleiten hatte, merkte das.

„So kommt man zum Autofahren," meinte er gutmütig, um dem Arrestanten eine befriedigende Ansprache zu geben.

Der Buchbinder hatte nicht verstanden.

„Hä?" schrie er ihm durch das Surren des Motors zu.

„So kommt man zum Autofahren," wiederholte der Polizist, deutete auf das Auto und beugte sich vor.

„Ja — ja —," schrie der Buchbinder und lachte laut. „Ja — ja —. In so einem war ich noch nie. Aber," schrie er, „in einem Geschäftsauto bin ich schon einmal gefahren."

„So, so! —"

„Ja, das war — warten Sie einmal —"

Aber nun wußte er's auf einmal gar nicht mehr, und fand nicht über diese dunkle Mauer hinweg, — wann das gewesen war. Aus dem Dunkel guckte ihm die grauenhafte Angst entgegen.

„Ich weiß nicht mehr," sagte er beklommen und starrte vor sich hin.

„Das macht nichts," sagte der Schutzmann gutmütig.

Aber Leopold Stettner grübelte verzweifelt weiter, wann das wohl gewesen sein könnte; und als das Auto hielt und der Schutzmann mit ihm in den Gefängnishof eintrat, sagte er aufs neue ängstlich und gequält „ich weiß nicht mehr".

*

Sie kamen in das Durchgangszimmer, das alle Eingelieferten passieren müssen.

Es war ein leerer Raum mit ein paar Bänken an den Wänden, und in der Mitte war ein Tisch, an dem ein Beamter saß.

Jeder, der hier hereinkam, hatte einen Gefängniswärter oder Schutzmann bei sich.

Auf einer der Bänke saß ein blutjunges, schönes Mädchen, und schluchzte verzweifelt vor sich hin.

Zur Türe herein brachten Wärter einen frechen, jungen Burschen in schmutzigen, verlumpten Kleidern, aus denen oben das rot- und weißkarierte Hemd guckte. Es war ohne Kragen und mit einem weißen Beinknöpfchen geschlossen.

Der Schutzmann erstattete seinen Bericht und ein Wärter ward herbeigerufen.

„Sie kommen heute abend oder morgen vor den Untersuchungsrichter," sagte der Beamte.

Der Buchbinder wollte etwas fragen, konnte aber nichts herausbringen.

Eingangstore wurden auf- und zugesperrt, ein Gang zeigte sich mit roten Sandsteinfließen und weißen Wänden, die von graugestrichenen, eisernen Türen unterbrochen waren; wieder rasselte der Schlüsselbund und ächzte ein Schloß, der Wärter sagte etwas vom Mittagessen, von wollenen Decken und Waschen, und dann schloß sich die Gefängnistür hinter dem Buchbinder Leopold Stettner.

*

Es war nicht viel Licht in dem Raum, und so gewahrte der neue Gefangene erst nach einer Weile auf einer der zwei Pritschen, die es hier gab, einen Mann liegen. Der hatte sich halb auf den Ellbogen aufgerichtet und erhob sich nun.

Es war ein verwitterter Mensch mit einem großen Schnauzbart in einem roten, aufgedunsenen Gesicht, aus dem die grauen Augen stark hervorquollen.

„Na," sagte der Mitgefangene, „warum hom's denn dich da 'rein g'steckt?"

„Ich denke, ich komme morgen wieder heraus," erwiderte der Buchbinder.

„Warst noch net vor der Untersuchung?" fragte der andere.

Der Gefragte schüttelte den Kopf.

„Nacha," sagte der Bayer, denn er war einer und konnte es nicht verleugnen, „nimm dich nur in acht, daß di net verschwätzst! — Di saudumm stell'n — nix sag'n — dös ist d' Hauptsach."

„Ja, wenn ich unschuldig bin, lassen sie mich denn da nicht mehr fort?"

„Na, na, die lass'n so leicht koan wieder lauf'n!" sagte der Mann. Erst kimmst vor d' Untersuchung — dann gibt's an Haftbefehl — dann geht's vor'n Staatsanwalt, und der „eröffnet" nacha 's Hauptverfahr'n. — Nacha gibt's a Verhandlung — und nacha wirst ja scho seh'n, wie's geht — i kenn mi aus."

„Ja," sagte Stettner zögernd, „wenn sie mich behalten, wie lang dauert's da?"

„Mei," sagte der Bayer, „dös kommt auf d' Umständ an. Die Hauptsach ist, daß di net verschwätzt. Und di net weich mach'n laßt. — Nacha ham's di gleich. — Und dös probier'n s' immer!"

„Weswegen bist denn da?" fragte er nach einer Weile unvermittelt.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der sibirischen Hölle.

Der Weltkrieg hat das grausige Schicksal der Zehntausende von Unglücklichen, die wegen politischer Vergehen von der russischen Regierung zu sibirischer Zwangsarbeit verschickt worden sind, für den Augenblick vergessen gemacht. Nur selten dringt ein Laut aus jener Welt menschlichen Jammers und Elends an unser Ohr. Aber wenn es einmal geschieht, dann ist es ein herzzerreißender Schrei der Qual und Angst ungezählter lebendig Begrabener, die ein barbarisches Regime aus der Liste der Menschheit gestrichen hat. Wir hoffen, daß nachstehender Hilferuf, den wir der russischen Zeitung Djenj entnehmen, auch diejenigen erreicht, die da vorgeben, in diesem Krieg für „Menschenrecht und Freiheit" zu kämpfen. Vielleicht sieht sich Präsident Wilson veranlaßt, sein nach Menschlichkeit und Gerechtigkeit gerichtetes Streben auch diesen Opfern der russischen Knute zuzuwenden.

„Zwei Jahre währt schon der Krieg," heißt es in einer Zuschrift aus der Strafanstalt Tobolsk an das russische Blatt, die von der Zensur überraschenderweise durchgelassen worden ist. „Viel Blut und viele Tränen sind geflossen und werden noch fließen. Wohl denen, die da fielen, und Friede ihren treuen Seelen. Aber bitteres Leid und höllische Qual, die in die Folter gerieten und dort ihr zweites Jahrzehnt dulden müssen. Da ist ewiges Leid, ewige Pein, Schande und Erniedrigung.

Darum hört auf unsere Stimme aus dem „Toten Hause", und wenn ihr unsere Erzählung vernommen habt, überlegt, ob ihr uns helfen könnt!

Die meisten von uns befinden sich in dem Strafgefängnis von Tobolsk seit dem Jahre 1906. Anfänglich war es hier erträglich. Dann meinten aber die Vorgesetzten, daß so ein Leben — kein Leben, sondern Feiertage seien und beschlossen, uns mit „Igelhandschuhen" anzufassen. Und sie haben zugefaßt. Zuerst Durchsuchungen Tag und Nacht, Karzer, Verbot von schriftlichem Verkehr und Austritt ins Klosett. Das war nur so der erste Griff. Dann folgten Ruten. (!) Die ersten Dosen waren bescheidener, nachher wurden sie reichlicher. Als die zur Verzweiflung gebrachten Sträflinge einen Aufseher, den Feldwebel Grigorjew, totschlugen, ging man zu Prügelstrafen über, die das Gesetzliche zwiefach überstiegen. Man prügelte bis zur Bewußtlosigkeit. Haut und Fleisch wurden buchstäblich in Stücke gerissen, man prügelte täglich, dazwischen auch gleich zehn Mann auf einmal. Für die Ermordung des Aufsehers kamen 39 Mann unter Gericht, von denen 13 gehenkt wurden, weitere 13 lebenslängliche Zwangsarbeit erhielten und die letzten 13 freigesprochen wurden . . . In unserm Gefängnis wurde es still, man wagte kaum noch zu flüstern und ging möglichst leise, um mit den Ketten kein Geräusch zu machen und die zarten Nerven des neuen Aufsehers nicht zu beleidigen. Diese Zeit war eine fürchterliche . . .

Ein paar Sträflinge hatten jede Hoffnung auf eine Wendung ihres traurigen Schicksals aufgegeben und beschlossen deshalb, zu sterben. Aber, um nicht allein zu sterben, waren sie übereingekommen, den allerschrecklichsten der Aufseher, mit Namen Lambin, mit sich in den Tod zu nehmen. Ihr Vorhaben führten sie in einem Seitenraum der Badestube aus, während die andern, nichtsahnenden Sträflinge sich entkleideten oder im Dampfraum saßen. Die Verschwörer stürzten sich in dieser Zeit auf Lambin, rissen ihm den Säbel fort und machten ihn nieder. Sodann sprang der eine von ihnen ganz nackt auf den Hof und griff den ihm zufällig begegnenden Aufseher Frisow an. Im selben Augenblick wurde Alarm geschlagen, worauf die heraneilenden andern Aufseher aus Revolvern und Gewehren auf den bewaffneten Sträfling zu feuern begannen, den sie erschossen, um gleich darauf in die Badestube einzudringen. Was hier nunmehr vor sich ging, muß ich der Phantasie des Lesers überlassen. Nur ein Künstler vermöchte das Bild zu zeichnen. Uns gequälten Menschen gebricht es an Kraft hierzu . . . Wie schon gesagt, die Mehrzahl von uns hatte keine Ahnung von dem gegen Lambin geplanten Ueberfall gehabt und saß ganz ruhig im Baderaum. Die in nächster Nähe abgegebenen Schüsse versetzten sie daher in großen Schrecken, was erst recht der Fall war, als die Aufseher und Beamten zu ihnen eindrangen. Die aufs höchste erregten Aufseher stürzten sich auf uns nackten Menschen und schlugen auf uns ohne Erbarmen ein. . . . Der Aufseher Dubjago hieb mit seinem Revolver auf uns los, als er sah, daß die Schüsse versagten . . .

Dieser letztere liebte es besonders, neu eintreffenden Sträflingen Furcht einzujagen. So bemerkte er unter diesen eines Tages ein ihm bekanntes Gesicht. „Warst du schon einmal in meiner Kompagnie?" fragte er diesen. „Zu Befehl." „Habe ich deine Fratze nicht schon einmal mit dem Gewehrkolben gereinigt?" Und zu den andern Neuangekommenen gewendet, beschrieb er ihnen, wie er einst einen Sträfling mit Ruten blutig gepeitscht hatte. „Euer Hochwohlgeboren, haben Sie Erbarmen, ich leide an einem schweren Bruch," rief der vorhin Angeredete. „Nitschewo, mein Täubchen, wir hauen ja nicht auf deinen Bruch," lachte ihm Dubjago ins Gesicht. „Marsch, hinlegen." Und mit dem Lachen eines Teufels stürzten sich die Spießgesellen auf den Unglücklichen, während die Neuangekommenen bis ins innerste Mark erzitterten.

Eines Tages wurden die Sträflinge zur Arbeit außerhalb des Strafgefängnisses hinausgeführt. Es sollte Holz geschlagen werden. Dubjago hatte kurz vorher dreimaliges Gebet anbefohlen: „Vater unser" und „Rette, Herr." Nach dem Gebet sprach er: „Ich habe euch bei Lebzeiten das Totenamt lesen lassen. Geht jetzt, aber wisset — wenn ihr totgeschlagen werdet, gibt es nachher kein Totenamt mehr."

Die Folgen dieser gotteslästerlichen Worte ließen auch nicht lange auf sich warten. Der älteste Aufseher schlug gleich darauf einen Sträfling dafür tot, weil einer seiner Kameraden gelaufen war, um eine Säge zu holen. Ohne weiteres und in aller Seelenruhe knallte er ihn nieder. Natürlich konnte die Sache in der Folge nicht völlig totgeschwiegen werden, und das Gericht soll die Absicht haben, den Fall zu untersuchen. Aber merkwürdigerweise ist die Vernehmung schon zweimal verlegt worden, weil die Zeugen angeblich nicht erschienen seien. So setzt denn der Mörder seinen Dienst ruhig fort, nachdem er von seinem obersten Chef dazu ermuntert worden ist . . .

Schlägt man ein Pferd, so schlägt es aus, und peinigt man uns Menschen, so protestieren wir. Mehr können wir nicht. Unsere Seele ist bedrückt, ist krank und friert, aber noch tragen wir unser Kreuz, weil wir unsere ganze Hoffnung auf bessere Menschen und auf neue Zeiten aufbauen.

Wo bleibt ihr, ihr besseren Menschen der russischen Heimat? Gebt ein Zeichen von euch! Wir vergehen vor Gram und Elend. Unser Hilfeschrei ist der erste und vielleicht auch der letzte."

Damit schließt das erschütternde Schriftstück, das wir nur auszugsweise wiedergeben. Wenn man weiß, daß sich unter den vielen Sträflingen, deren grausiges Schicksal hier beschrieben wurde, ein sehr großer Teil Gebildeter, in erster Linie Studenten, befinden, begreift man erst in seinem ganzen Ausmaße das Teuflische eines Regimes, das hier seine Orgien feiert.

v. B. im Hamburger Korrespondent.

Kleines Feuilleton.

Rettung aus dem gesunkenen U-Boote.

Wie rettet sich die Mannschaft eines gesunkenen Unterseebootes? Diese Frage ist gegenwärtig, angesichts des verschärften U-Boot-Krieges, von besonderem Interesse. Im allgemeinen ist die Ansicht vorherrschend, daß der Unterseeboots-Dienst außerordentlich gefährlich sei. Von Fachleuten wird an der Hand der Statistik diese Ansicht als irrig bezeichnet. Allerdings stellt der Dienst auf einem Unterseeboot sehr hohe Anforderungen an die körperlichen und geistigen Fähigkeiten der Offiziere und Mannschaften, wohl entbehrt das Unterseeboot jeglichen Panzerschutzes gegen feindliche Geschosse, wohl besteht bei gemeinsam unter Wasser operierenden Booten eine verstärkte Kollisionsgefahr, aber die Auswahl der Besatzung der Unterseeboote und die Vertrautheit der Führer und Leute mit ihren Fahrzeugen bringen es mit sich, daß die Unfallziffern bei der Unterseeschiffahrt nicht größer sind, als bei der Schiffahrt im allgemeinen. Die Hauptsorge bei einem havarierten Boot besteht darin, die Mannschaft aus dem Wrack zu retten. Das Schiffsmaterial selbst zu heben, bleibt einer späteren Zeit vorbehalten, wenn es überhaupt möglich ist.

Zur Rettung der Mannschaft sind in der deutschen Marine die Drägerschen „Tauchretter" eingeführt worden, mit denen es möglich ist, die Besatzung frühzeitig genug der Tiefe zu entreißen. Der Tauchretter besteht aus einem Sauerstoffzylinder, einer Kalipatrone, dem Mundstück, dem Atmungssack und den nötigen Verbindungsschläuchen. Sämtliche Teile sind auf einer Schwimmweste angebracht, die nur umgehängt zu werden braucht. In dem Mundstück sind zwei Ventile angebracht, das eine zum Ausatmen, das andere zum Einatmen. Die ausgeatmete Luft wird über die Kalipatrone, die sogen. Drägersche Kohlensäure-Absorptionspatrone, geleitet, dadurch von der Kohlensäure gereinigt und gelangt dann in den Atmungssack, von wo aus sie vermischt mit dem Sauerstoff aus dem Sauerstoffzylinder wieder eingeatmet wird.

Um das Eindringen des Wassers in den Körper zu verhindern, wird die Nase mit einer Klemme abgeschlossen. Ferner gehört zu jedem Tauchretter eine Metallflasche mit Erfrischungen. Im Falle der Gefahr werden die Tauchretter in wenigen Sekunden angelegt. Dann müssen die oberen Luken des Bootes, durch die die Besatzung das Fahrzeug verläßt, geöffnet werden. Wenn das Bootsinnere mit Wasser gefüllt ist, kann dies ohne weiteres geschehen, andernfalls muß erst durch Oeffnen der Bodenventile Wasser eingelassen werden, damit der Druck im Innern des Bootes dem Druck von außen gleich wird. Sobald die Luken geöffnet sind, werden eine oder mehrere Auftriebbojen an einem mit Metereinteilung versehenen Kabel an die Oberfläche des Wassers gelassen. An diesem Kabel klettern nun je zwei Mann zu gleicher Zeit empor, wobei die Schwimmweste und der Atmungssack als Auftriebsmittel wirken. Freilich kann der Aufstieg nicht in einem Zuge vor sich gehen; bei dem verschiedenartigen Atmosphärendruck unter Wasser und an der Oberfläche (bei 30 Meter Wassertiefe sind drei Atmosphären Ueberdruck) würde dies von gesundheitlichem Nachteil für die Besatzung sein. Deswegen wird zum Beispiel bei einer Wassertiefe von 30 Meter erstmalig bei 15, dann bei 10 und schließlich bei 5 Meter Wassertiefe eine kurze Pause gemacht. Um das Innehalten der einzelnen Stationen zu ermöglichen, ist die Metereinteilung an dem Kabel angebracht.

An der Oberfläche des Wassers angekommen, kann der Tauchretter durch eine besondere Vorrichtung abgeworfen werden, so daß nur die Schwimmweste am Körper verbleibt. Um eine Rettung der Unterseeboots-Mannschaften in den Fällen zu ermöglichen, wenn in der Nähe der Unfallstelle keine Schiffe sind, wird neuerdings an den Unterseebooten eine Schwimmboje angebracht, die sich selbsttätig löst, sobald das Boot den Meeresgrund berührt. Durch eine besondere Vorrichtung versendet die Boje, die durch ein Kabel mit dem Boot in Verbindung bleibt, elektrische Wellen, die Hilfe herbeirufen. Auch durch Leuchtraketen, die von der Boje aufsteigen, wird die Umgebung von dem Unfall benachrichtigt. Diese Erfindung bedeutet einen großen Fortschritt im Rettungswesen für gesunkene Unterseeboote. Die Schrecken der Tiefe sind dadurch für die Männer der „blinden Waffe", wie man so häufig die Unterseeboote nennen hört, um ein gutes Teil geringer geworden.

Humor und Satire.

Das Schwein mit zwei Schwänzchen. Der Einödbauer ist der größte Schweinezüchter weit und breit. Und dabei ein Geizhals, wie es erst recht keinen zweiten gibt. Darum ist er auch so ergrimmt auf die Regierung, die mit Höchstpreisen und Reichsfleischkarte ihm das schöne Geschäft ebenso verdirbt wie das Selberessen. Aber für diesen Herbst hat er sich was ausgedacht — fix laudon, da kann er einmal zeigen, daß er schlauer ist als die Behörden. „Weißt, Alte," sagt er, „wir schlachten zwei Schweine für uns, aber zum Wiegen beim Bürgermeister bringen wir nur eins. Der Depp merkt schon nix. Das Wurstmachen und Räuchern geht dann in einem hin, und wenn ich nachher in der Stadt Schinken und Würst' ohne Marken verkaufen kann, da werden s' schon zahlen, die Stadtfräckl!" — Gesagt, getan. Die beiden fettesten Säue müssen dran glauben, und nach dem Schlachten fährt der Einödbauer selber mit zwei Schweinehälften ins Dorf, wo beim Bürgermeister die Wage steht. „Alle Achtung," meint der, als die beiden mächtigen Stücke abgeladen werden, „so was gibt's nicht alle Tage!" Der Bauer schwillt vor Stolz. „Ja," fährt der Bürgermeister fort, „das ist ja direkt eine Rarität! So was hab' ich noch nimmer gesehen!" — „Na, gar so arg ist's doch schon nicht," meint der geschmeichelte Besitzer. — „Doch, doch, schaut nur hin: ein Schwein mit zwei Schwänzen, das war noch nie da!" — „O, Himmelsakra, so eine Dummheit! Die verkehrten Hälften aufzuladen! Herrschaften! jetzt ist's gefehlt!" — „Aber ich will Euch was sagen, Einödbauer," meint der Bürgermeister leise, „Ihr wollt gewiß das zweite Schwein fürs Lazarett stiften. Da will ich für diesmal nur eins gesehen haben!" (Jugend.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170228-18/fragment/page=0005

„Das Problem unseres Vaterlandes."

Von Dr. Ed. David, M. d. R.

„Die Frage der Bevölkerungspolitik wurde in der Kommission als das Problem unseres Vaterlandes bezeichnet." Dieser Satz, den der konservative Abg. v. d. Osten im Preußischen Abgeordnetenhause bei der neulichen Beratung des Medizinalwesens aussprach, könnte als erfreuliches Zeugnis wachsender Einsicht bezeichnet werden, wenn die Entschlußkraft zu entsprechenden Taten dahinterstünde. Davon war in jenen Verhandlungen aber noch recht wenig zu merken.

Die erste Aufgabe einer wirksamen Bevölkerungspolitik ist die Erhaltung der einmal Geborenen. Kampf gegen den Frühtod auf der ganzen Linie durch Schaffung gesunder Lebensverhältnisse für alle Schichten der Gesellschaft; insonderheit durch Ausbau der Sozialpolitik des Arbeiter-, Frauen- und Kinderschutzes, ganz besonders aber durch Mutterschutz und Säuglingsfürsorge — das muß die Losung sein.

Man braucht diese Dinge nur nennen, um zu wissen, daß es vor dem Kriege gerade die konservativen Kreise waren, die sich der Durchsetzung einer solchen, auf Menschenökonomie zielenden Bevölkerungspolitik in den Weg stellten. Es sei nur an den verbissenen Widerstand erinnert, den die Konservativen und ihr agrarischer Anhang bei Beratung der Reichsversicherungsordnung im Jahre 1911 dem weiteren Ausbau der Wochenhilfe entgegensetzten. Am bezeichnendsten für den Geist, der jene Herren beseelt, war der zwischen der zweiten und dritten Lesung eingebrachte Antrag Schultz (Bromberg) und Genossen, der die Pflichtdauer der Wochengeldhilfe für die Landkrankenkassen von acht auf vier Wochen herabsetzte! Selten haben sich Geldbeutelinteressen in so abstoßender Weise gegen das „Problem unseres Vaterlandes" versündigt, wie damals.

Erst unter dem Drucke des Krieges fand man sich bereit, die Wochenhilfe im Sinne der sozialdemokratischen Anträge zu erweitern, die 1911 als „zu kostspielig" abgelehnt worden waren. Aber auch heute, wo wir neben dem ungeheuren Verlust an lebenskräftigen Männern auch noch einen jährlichen Geburtenausfall infolge der Kriegsverhältnisse von 20 bis 25 Prozent der Friedenszahl zu verzeichnen haben, hufen gewisse Herren sofort zurück, wenn es sich um bevölkerungspolitische Dinge handelt, die etwas kosten. Ueber den fortschrittlichen Antrag, der die Kriegswochenhilfe als Regelleistung auch für die Friedenszeit festgelegt wissen wollte, berichtet Herr v. d. Osten: „Seitens der Regierung wurden gegen diesen Gedanken Bedenken geltend gemacht, weil seine finanzielle Tragweite nicht zu übersehen sei." — Man sieht, der alte „preußische" Geist lebt noch.

Ja wenn man das bevölkerungspolitische Problem ohne ernsthafte Opfer für den eigenen Geldbeutel lösen könnte, dann hätten es die Beherrscher des Preußischen Landtags längst gelöst. An schönen Mahnungen und strengen Moralpredigten an die Adresse der anderen haben sie es nie fehlen lassen. Auch jetzt waren die Verhandlungen erfüllt davon. Auch der Redner des Zentrums, das 1911 jenen, die Wochenhilfe der Landkrankenkassen verschlechternden Antrag mitunterzeichnet hatte, leistete daran natürlich Erkleckliches. Er wählte dabei den schönen Satz: „Wir dürfen den heiligen Mutterboden der Ehe nicht verlassen."

Jawohl, die Ehe — das ist in der Tat eine Kardinalfrage bei der ganzen Sache, oder sagen wir lieber, eine Hauptfrage, da die Kardinäle ja bekanntlich die Auffassung vertreten: betraten sei gut, nicht heiraten ist besser. Die rechtzeitig geschlossene, glückliche Ehe ist zweifellos das beste Mittel gegen unehelichen Verkehr, wie gegen Prostitution und Geschlechtskrankheiten und all ihren verhängnisvollen Folgen für einen gesunden Nachwuchs. Alle Bemühungen um die zweite, positive Seite der Bevölkerungspolitik, die Sicherung einer ausreichenden Geburtenzahl, haben hier einzusetzen. Die aufgezwungene Ehelosigkeit in den Jahren höchster Lebens- und Geschlechtskraft ist ein schwerer Krebsschaden, der am Mark unseres Volkskörpers zehrt und seiner Fortpflanzung den schlimmsten physischen und sittlichen Abbruch tut. Aber noch hätte der erste Schritt seitens des Staates zu geschehen, die rechtzeitige Ehegründung zu erleichtern!

Und wie halten es die bevorrechteten landsässigen Herrschaften mit dieser Forderung? Der Deutschen Tageszeitung hat der Satz von dem „heiligen Mutterboden der Ehe" so gut gefallen, daß sie ihn gesperrt in ihrer Besprechung der Landtagsverhandlungen wiederholt. Nun drehe man mal dieses brave Zeitungsblatt um. Die Rückseite ist angefüllt mit Anzeigen adeliger Stellen, und da findet man auf der einen Seite nicht weniger als 19 Inserate, in denen Inspektoren und sonstige Gutsbeamte mit der Bedingung „unverheiratet" gesucht werden. In einem davon wird freilich gnädigst erklärt, daß bei Bewährung „spätere eventl. Verheiratung" gestattet werden soll. Es handelt sich bei diesen Gesuchen fast ausschließlich um leitende Beamte, also gelernte und erfahrene Leute, die ihren Lebensberuf wohl ausfüllen. Auch an einem Inserat fehlt es nicht, in dem ein Beamter zur alleinigen selbständigen Verwaltung eines Rittergutes gesucht wird, der „verheiratet (ohne Kinder)" sein soll.

Drastischer kann der Gegensatz zwischen Theorie und Praxis in Sachen des „heiligen Mutterbodens der Ehe" gar nicht illustriert werden, als es hier in der Deutschen Tageszeitung geschieht. Auf der Vorderseite brechen die konservativen Bevölkerungspolitiker ihre Lanzen für die „Sittlichkeit des Volkes", und auf der Rückseite bauen sie emsig ihre Inseratenplantage an, in der der unverheiratete oder mindestens kinderlose Gutsbeamte Trumpf ist. Der ist natürlich billiger zu halten als der verheiratete, und wer kann denn einem Gutsherrn zumuten, seine Angestellten aus sozialem Pflichtbewußtsein so zu bezahlen, daß sie ein Familienleben führen und Kinder aufziehen können.

Eine der ersten gesetzgeberischen Bestimmungen, die zum Schutz der Ehe und Familienhaltung nötig wäre, wäre das Verbot aller Arbeits- oder Angestelltenverträge, die dem Arbeitnehmer den Zwang zur Ehelosigkeit auferlegen. Solche Verträge sind nicht nur unzulässige Eingriffe in das persönliche Selbstbestimmungsrecht des einzelnen, sie stehen auch in schroffem Gegensatz zu dem Interesse des Volksganzen.

Inserate wie die erwähnten gehören auch noch aus einem anderen Grunde zu den „unsittlichen Anzeigen" im wahrsten und schlimmsten Sinne des Wortes. Der zur Ehelosigkeit verurteilte Gutsbeamte braucht natürlich mit der Bedingung des Nichtheiratens kein Keuschheitsgelübde zu verbinden. Das verlangen in der Praxis nicht einmal die Herren im Preußischen Abgeordnetenhause, die die Worte des Ministerialdirektors Dr. Kirchner über die sittliche Notwendigkeit der geschlechtlichen Enthaltsamkeit bis zum Eintritt in die Ehe mit ihrem „Sehr gut" auszeichneten. Sie wissen alle, was ihnen der Gutsbeamte auf ein solches „weltfremdes" Ansinnen antworten würde. Nur der Umstand, daß der Zwang des Unverheiratetseins gemildert wird durch günstige Gelegenheiten und nachsichtige Beurteilung allerseits, macht solche Verträge überhaupt möglich.

Mit diesen Dingen hängt eng zusammen das Kapitel der unehelichen Geburten, über das die Herren im Abgeordnetenhause ja auch gesprochen haben. Es ist bekannt, welche Summe von Jammer und Elend es umschließt. Von den 133 977 im Jahre 1913 im Deutschen Reich außerehelich Geborenen Säuglingen raffte der Tod nur 14,2 Prozent wieder fort. Auch das ist ja wohl viel zu viel; aber der Zifferndabstand zeigt, wie weit die Fürsorge für die unehelichen Kinder hinter der für die ehelichen im Rückstand ist.

Am schlimmsten aber sieht es mit der Säuglingssterblichkeit der Unehelichen in den Gebieten der ostelbischen Gutsherrschaften. Während man in den Städten ganz wesentliche Fortschritte in der Bekämpfung dieses schweren bevölkerungspolitischen Schadens gemacht hat, sieht es damit im Herrschaftsbereich der Großagrarier noch furchtbar aus. In den Hansastädten Bremen, Hamburg und Lübeck starben von den außerehelichen Säuglingen im Jahre 1913 wieder fort: 21,4 bzw. 19,4 und 17,0 Prozent. In Ostpreußen, Westpreußen und Posen dagegen gaben in dem gleichen Jahre von den außerhalb des Schutzgatters der Ehe geborenen Kindern 30,4 bzw. 32,4 und 33,5 Prozent ihr kurzes Dasein wieder auf.

Diese Zahlen schreien gen Himmel. Sie zeigen, wo vor allem einzusetzen ist, wenn das Bevölkerungsproblem wirklich gefördert werden soll. Der „heilige Egoismus" derer muß gebrochen werden, denen Besitz- und Gewinninteressen höher stehen als die Hebung der wirtschaftlichen und kulturellen Lebensinteressen des gesamten Volkes. Das ist der springende Punkt. Die Sozialdemokratie wird ihre Kraft dafür einsetzen, daß dies geschieht.

Aus der Partei.

Ignaz Auer als Prophet.

Im Jahre 1900 wurde auf dem Parteitag in Mainz eine Aenderung des Organisationsstatuts erörtert. Bis dahin hatten in erster Instanz die Genossen der einzelnen Orte die Entscheidung über einen Ausschluß aus der Partei zu treffen. Gegen diese war Berufung an die aus dem Parteivorstand und der Kontrollkommission bestehenden Parteileitung zulässig. In letzter Instanz entschied der Parteitag. Das neue Organisationsstatut schlug als erste Instanz den Parteivorstand, als zweite die Kontrollkommission und als letzte den Parteitag vor. Die Einsetzung des Parteivorstandes als erste Instanz hatte lebhafte Angriffe in Versammlungen und in der Presse erfahren. Auer wendete sich auf dem Parteitage gegen diese Angriffe als seiner Ansicht nach übertrieben. Er führte nach Darlegung des neuen Vorschlags aus (Protokoll S. 135):

„Aus dieser Bestimmung hat man ungemein Schlimmes herausgefunden. Man behauptet zwar, daß man den Parteivorstand in seiner jetzigen Zusammensetzung (er bestand aus Bebel und Singer als Vorsitzende, Gerisch als Kassierer, Auer und Pfannkuch als Schriftführer) nicht so vieler Schlechtigkeiten für fähig hält, aber, so sagte man, es könnte nach dem heutigen guten Vorstand ein schlimmer kommen, der das ihm eingeräumte Recht mißbrauchen könnte. Gewiß, auch ich bin der Ueberzeugung, daß es einen besseren Parteivorstand als den bisherigen überhaupt nicht geben könne (Heiterkeit); aber wir wollen doch nicht hoffen, daß einmal ein so schlechter Vorstand kommt, daß er diese Bestimmung mißbrauchen könnte. Was wurde nicht alles in den Versammlungen und in der Presse gesagt! Da hieß es, der Parteivorstand könnte einmal zunächst zwei seiner Mitglieder ausschließen. Dann schließt er aus der Kontrolle diejenigen aus, die ihm nicht fügsam sind. Dann schließt er alle Delegierten des Parteitages aus, die ihm nicht genehm sind. Und dann kommt die Diktatur, der Terrorismus und der Himmel weiß sonst was. Ich habe mich nur gewundert, daß der betreffende Artikelschreiber nicht noch weiter gegangen ist und darauf hingewiesen hat, daß die übrigbleibenden Vorstandsmitglieder den Dritten ausschließen, die Parteikasse teilen und mich China auswandern. (Heiterkeit.) Es gehört die ganze Unkenntnis vom Wesen der Partei dazu, eine solche Möglichkeit überhaupt anzunehmen. Was hätte denn einem solchen Dreimännerkollegium noch übrig? Ich möchte den Parteitag ersehen, den diese drei Männer einbernehmen. Da käme vielleicht Schillers Wort zur Geltung: Nehmet Holz vom Fichtenstamm, doch recht trocken laßt es sein! (Große Heiterkeit.)"

Was Auer für unmöglich hielt, ist leider eingetreten. Nicht nur der Parteivorstand, sondern auch Landesvorstände, z. B. der sächsische, haben sich selbst ohne solche Parteistatutsvorschrift herausgenommen, einzelne Genossen, ja ganze Organisationen „außerhalb der Partei zu stellen", und die Parteivorstandsmehrheit erklärte einfach, daß mit Haase, mit Bengels und mit Rietz „ein Weiterarbeiten nicht möglich" sei. So wird ein Drittel der Parteifunktionäre (von den Mitgliedermassen einmal abgesehen) einfach aus der Partei gedrängt — und nachher wird die so gereinigte Partei einen gereinigten Parteitag abhalten, der dies Vorgehen sanktionieren soll.

Tagung des französischen Nationalrates.

Der nächste französische Nationalrat wird am 4. März in Paris stattfinden. Es ist eine außerordentliche Sitzung, die sich nur mit einigen Fragen beschäftigen soll, deren Erledigung dem Nationalrat vom letzten Kongreß übertragen wurde.

Die Tagesordnung enthält unter anderem:

Prüfung der Tagesordnung der Konferenz der sozialistischen Sektionen der Ententeländer, die wie folgt gefaßt wurde:

„Gemeinsame Aktion der sozialistischen Sektionen der Ententeländer, um

1. die Politik ihrer resp. Länder in einem Sinne zu orientieren, der während des Krieges und nach dem Kriege jeden Geist der Eroberung und der Annektion ausschließt und am Tage des Friedens die Respektierung der verletzten Rechte der Nationen durch internationale Einrichtungen garantiert, die die dauernde Aufrechterhaltung dieses Friedens tatsächlich sichern;

2. ihre Regierungen dahin zu bringen, aus ihren wirtschaftlichen Verträgen während und nach dem Kriege alles auszuschalten, was für das internationale Proletariat eine Vermehrung der Ausbeutung bedeuten würde, und alles, was kommende Konfliktskeime zwischen den Nationen bilden könnte, da sie Gefahr laufen, aus diesen an sich so wünschenswerten Verträgen Instrumente der Kriegsverlängerung zu machen."

Die Minderheit wird vermutlich versuchen, auf die Tagesordnung der Konferenz der Ententesozialisten auch eine Besprechung über die Einberufung einer Gesamtsitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus zu setzen. Aber es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß sie mit einer solchen Anregung durchdringen wird, wie auch auf der Ententesozialistenkonferenz selbst gezeigt nicht mit einer sympathischen Aufnahme eines solchen Vorschlags gerechnet werden kann.

Eine Friedenskandidatur.

In dem englischen Wahlkreis Rossendale hat die Britische sozialistische Partei (der dem Internationalismus treugebliebene Teil der britischen Sozialisten) den Genossen Albert Taylor zur Nachwahl als Kandidat aufgestellt. A. Taylor bezeichnet sich selbst als „Frieden-durch-Verhandlung-Kandidat". Seine Adresse an die Wähler von Rossendale beginnt mit folgenden Worten:

„Ich trete für Frieden durch Verhandlungen ein. Das bedeutet nicht „Frieden um jeden Preis", sondern einen Frieden, der jeder Nation, groß oder klein, die Unabhängigkeit und Freiheit der Entwicklung lassen und den Weg zu einer „Liga der Nationen" ebnen wird, um die Welt gegen einen neuen Krieg zu schützen. Es besteht vielmehr Aussicht, einen solchen Frieden durch friedliches Verhandeln zu erhalten als durch die Ermutigung der Idee eines Kampfes bis zum letzten Schilling und zum letzten Blutstropfen. Wenn diese Politik nicht angenommen wird, so werden wir unterrichtet, daß die gegenwärtige Schlächterei zwei weitere Jahre hindurch fortgesetzt werden wird — mit der Sicherheit eines nach alledem doch durch Verhandlungen zustande gebrachten Friedens. Dieses große Ziel hat mich veranlaßt, der Aufforderung eines großen Körpers von Wählern zu entsprechen, diesen Wahlkampf durchzufechten."

Taylor ist auch Gegner der Politik eines Wirtschaftskrieges nach dem Kriege. „Das würde die stärkste Ursache moderner Kriege verewigen heißen, und lokal haben wir in Erwägung zu ziehen, daß es, ohne irgend einem nützlichen Zweck zu dienen, bedeuten würde, Tausende aufzustellen, die die hauptsächlichsten Industrien von Lancashire schädigen und ruinieren könnten." Er fordert weiter allgemeines Wahlrecht für alle erwachsenen Frauen und Männer und die Lösung der irischen Schwierigkeiten auf demokratischen Linie und „nicht durch Auferlegung der verhaßten militärischen Methoden".

Die englischen bürgerlichen Zeitungen glauben, daß Genosse Taylor keinen Erfolg haben werde. Seine Freunde benutzen jedoch die Wahlkampagne zu einer kräftigen Friedensagitation, die überhaupt in verschiedenen Teilen Englands wieder aufzuleben beginnt. Die Wahlagitation Taylors ist dadurch erschwert, daß er wegen Vergehens gegen das Militärdienstgesetzes verhaftet und der Militärgewalt ausgehändigt worden ist. Taylor war vom Militärtribunal als Conscientious Objektor anerkannt worden und von jedem Militärdienst befreit. Die Aufforderung zu „nationaler Arbeit" ließ er unbeachtet, weil er sich weigert, auch nur in indirekter Weise die Kriegführung zu unterstützen. Nach der Verhandlung vor dem Militärgericht, die zu einem Zusammenstoß mit einem Besitzer führte, der ihm den Rat gab, seine Worte nicht „an den Mob draußen" zu richten, worauf Taylor erwiderte, daß er die Leute nicht als Mob, „sondern als menschliche Wesen" ansehe, wurde er zu 40 Schilling Geldstrafe verurteilt und außerdem der Militärgewalt überantwortet.

In seiner Rede vor Gericht bekannte er sich als internationaler Sozialist und bemerkte, daß er in seiner Opposition gegen den Krieg fortfahren würde, wenn er in Freiheit wäre, weil er glaube, daß der Krieg den Interessen der Menschheit und der Arbeiter zuwiderlaufe und weil er glaube, „daß der Krieg dem Volk durch die Klasse aufgezwungen worden ist, die von den Arbeitern lebt".

Aus dem Gefängnisse sandte Taylor einen Brief, in dem er seine Freunde ermahnt, sich nicht um ihn zu sorgen. „Wenn ich euch Treue halten will, kann ich nicht anders handeln als ich tue. Ich betrachte mich nicht als Märtyrer. Es macht mir Freude, die Nunnen zu Hause zu bekämpfen und werde infolgedessen die Strafe mit andern treuen Kameraden tragen, die vorangegangen sind. Arbeiter, wir kämpfen euren Kampf. Wollt ihr nicht an ihm teilnehmen um eurer eigenen Freiheit willen? . . . Ihr seid stark. Erhebt euch in eurer Kraft und verlangt durch eure Abstimmung, daß dieser höllische Krieg aufhöre. Wenn Rosendale das tut, wird er den dauernden Dank der ganzen Welt ernten."

Halle und Saalkreis.

Halle, den 28. Februar 1917.

Zusatzrenten für Kriegsbeschädigte.

Viel weniger als die Gewährung von Zusatzrenten an die Hinterbliebenen von Kriegsgefallenen ist die Gewährung solcher Renten an die Kriegsbeschädigten bekannt. Sie können zum Ausgleich von Härten bei der Versorgung gewährt werden. Nach der Praxis der Kriegsministerien werden sie unter der Voraussetzung gewährt, daß die Kriegsdienstbeschädigung eine Beschränkung der Erwerbstätigkeit um mehr als ein Drittel bewirkt hat und das gegenwärtige Einkommen mindestens um ein Viertel geringer ist als das Arbeitseinkommen vor dem Kriege war, oder den Betrag von 500 Mk. nicht übersteigt. Vorbedingung ist jedoch weiter, daß diese Minderung des Einkommens nicht auf das Verschulden des Beschädigten zurückzuführen ist. Als Einkommen gelten auch die Bezüge aus der Militärversorgung, doch ausschließlich der Verstümmelungszulage. Die Zuwendung beträgt 30 v. H. des Schadens, doch wird ein 3000 Mk. übersteigender Schaden nicht angerechnet. Auf die Zuwendung werden auch alle Bezüge aus der Arbeiterversicherung und sonstigen öffentlichen Kassen angerechnet, mit ihr darf sich auch kein höheres Einkommen als drei Viertel des früheren Einkommens ergeben. An zwei Beispielen sei die Sachlage klargemacht:

1. Dreher, Landsturmmann, Verlust des rechten Beines, Erwerbsbeeinträchtigung von 75 Proz.

Arbeitseinkommen vor dem Kriege	2500 Mk.
Jetziges Einkommen	800 „
Dazu Rente 405 Mk. und 180 Mk. Kriegszulage	585 „
Gesamteinkommen 1385 Mk.	1385 Mk.
Bleibt Schaden von 1115 „	
Zusatzrente 30 v. H. dieser Summe =	372 Mk.

Angerechnet wird hierauf die monatliche Invalidenrente, die der Kriegsbeschädigte bezieht; die Verstümmelungszulage, die in dem angenommenen Falle gewährt wird, bleibt außer Betracht.

2. Tischler, Wehrmann, inneres Leiden, Beschränkung der Erwerbsfähigkeit um 40 Proz.

Arbeitseinkommen vor dem Kriege	1750 Mk.
Jetziges Arbeitseinkommen	1200 „
Dazu Rente 216 Mk. und 180 Mk. Kriegszulage	396 „
Gesamteinkommen 1596 Mk.	1596 Mk.
Bleibt Schaden von	154 Mk.

Eine Zusatzrente wird nicht gewährt, weil das Einkommen drei Viertel des früheren Arbeitseinkommens erreicht.

Die Zusatzrenten werden immer nur auf ein Jahr gewährt; sie sind vom Beschädigten beim zuständigen Bezirksfeldwebel zu beantragen.

Die Entscheidung auf solche Anträge erfolgt zur Zeit noch vom Kriegsministerium. In zahlreichen Fällen, in denen ein Antrag auf Zusatzrente zweifellos Erfolg haben würde, ist er bisher nicht gestellt worden, weil die dazu Berechtigten keine Kenntnis von der Zulage haben. Sie sind immer und immer wieder darauf hinzuweisen.

Hallenser in den Verlustlisten.

Als in Halle und seinen Vororten geboren werden in den Verlustlisten gemeldet:

Preußische Verlustliste Nr. 763.

Utfiz. Julius Becker, bish. verm., gest. i. Gfgsch. (A. R.). Gefr. Karl Behle, bish. als verm. u. gef. gemeldet, war i. Gfgsch. Belle Ile St. Nazaire (Davos-Platz Beely). Ernst Cherstall, bish. verm., i. Gfgsch. Max Dietze l. verm. Otto Döschner, bish. gef. gemeldet, war i. Gfgsch. Templemore, Leigh, Dorchester (Davos-Dorf, Waldheim). Utfiz. Max Feustel, bish. verm., i. Gfgsch. Gefr. Ernst Grahl, bish. verm., i. Gfgsch. Kurt Hauk, bish. als gef. gemeldet, war i. Gfgsch. Montaubau, Castellaccios, Pissenemo, Castel-Sarrasin (St. Gaßen, Oberwald). Paul Heimjath l. verm. Karl Hibenthal, bish. verm., i. Gfgsch. Uptm. Ernst Kathe, bish. als gef. gemeldet, war i. Gfgsch. Coteen (Dijentis, Krone). Gefr. Franz Keil, bish. als gef. gemeldet, war i. Gfgsch. Belle Ile, Ile Longue Lyon (Brunnen Eden). Karl Kühne, bish. verm., i. Gfgsch. Richard Lasch, bish. als gef. gemeldet, war i. Gfgsch Dinan (Thusis, Viamala). Gefr. Paul Lissem gefallen. Walter May gefallen. Paul Pawlikok gefallen. Karl Pfifferling, bishs verm., i. Gfgsch. Kurt Reichelt l. verm. Gefr. Willi Schliebe, bish. verm., war verw., z. Tr. zurück. Kurt Zehmisch, bish. verm., verw. i. Gfgsch.

Preußische Verlustliste Nr. 764.

Alfred Linke (3. 6. 83) gefallen. Willi Stielicke (2. 9. 95), bish. verm., i. Gfgsch. Max Zimmermann (28. 1. 94) gest. an seinen Wunden.

Konfirmanden-Geschenke in reicher Auswahl **Emil Pröhl** Inh. **Walter Quentin, Grosse Steinstr. 17.** Telephon 3434 gegenüber Hotel Stadt Hamburg. — Rabatt-Spar-Verein. (*1564

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170228-18/fragment/page=0006

Preußische Verlustliste Nr. 765.

Wilhelm Paasche (21. 7. 86), bish. verm., war krank i. Laz.

Preußische Verlustliste Nr. 766.

Wilhelm Minuth (25. 9. 95) l. verm.

---

* **Armenpfleger und Armenkasse arg betrogen** hat der schon häufig wegen Betrugs vorbestrafte jetzige Krankenpfleger Otto Schmidt, der jetzt wegen Fahnenflucht eine Gefängnisstrafe abbüßt. Er mußte sich wegen Urkundenfälschung und Betrug vor der hiesigen Strafkammer verantworten. Ende Dezember 1914 und Anfang 1915 hatte er sich arbeitslos in Halle herumgetrieben und durch geschickte Machinationen sich seinen Unterhalt erworben. Er ging zu verschiedenen Armenpflegern und stellte diesen seine große Notlage vor. Er sei seit Juni 1914 **krank und hätte bis jetzt keine Arbeit gefunden.** Da er einen sehr abgerissenen und elenden Eindruck machte, ließen sich und es gelang dem Angeklagten, Beträge bis zu 25 Mark aus der Kasse der Armendirektion zu ergaunern. Natürlich tauchte er überall unter falschem Namen auf. In einigen Fällen behauptete er, seinen schwerkranken Vater oder seinen im Lazarett liegenden Bruder in Eisleben besuchen zu wollen, so daß zwei Pfleger aus ihrer Tasche zu diesem Zwecke Beträge von 5 und 5 Mark vorschossen. Dann kam jedoch der Angeklagte nicht wieder. In einem Falle schwindelte er einem Pfleger vor, der Bezirksarmenpfleger habe ihm erklärt, daß die Kasse doch jetzt geschlossen sei, der Pfleger möge die betreffende Summe von 25 Mark auszahlen. In einem anderen Falle schöpfte man doch Verdacht und erkundigte sich nach den Verhältnissen des Angeklagten, wobei sich der Schwindel herausstellte. Es gelang aber nicht, den Angeklagten festzunehmen, weil er einen anderen mit der Erhebung des Geldes beauftragt hatte. Als der in Begleitung eines Beamten aus dem Rathaus herausträt, machte er sich davon. Im ganzen mögen dem Schwindler etwa 200 Mark Armengelder in die Hände gefallen sein. — Das Gericht verfaßte den Angeklagten seiner häufigen Vorstrafen wegen und weil er gemeinnützige Anstalten geschädigt, die mildernden Umstände und erkannte antragsgemäß auf ein Jahr sechs Monate Zuchthaus, sowie auf 300 Mark Geldstrafe.

* **Bestandsaufnahme von Schuhwaren.** Die Reichsbekleidungsstelle erläßt heute eine Bekanntmachung über eine Bestandsaufnahme von Schuhwaren, um einen Ueberblick über die in Deutschland befindlichen Bestände zu erhalten. Zur Meldung verpflichtet sind im wesentlichen alle, die meldepflichtige Gegenstände in ihrem Eigentum oder Gewahrsam haben. Nicht zu melden sind hauptsächlich Schuhwaren, die sich in Gebrauch befinden oder die in den Haushaltungen liegen und deren gewerbsmäßige Verwertung nicht in Aussicht genommen ist. Dagegen haben die zur Meldung verpflichteten Personen alle Bestände an Arbeitsschuhen, Straßenschuhen, Reitstiefeln, Tanz- und Gesellschaftsschuhen, Sandalen, Hausschuhen und Pantoffeln sowie Sportschuhen anzugeben. Spediteure und Lagerhalter, welche wissen oder den Umständen nach annehmen müssen, daß sie meldepflichtige Schuhwaren in Gewahrsam haben, sind verpflichtet, die zur Vornahme der Erhebung erforderlichen Auskünfte bei den Absendern oder Empfängern dieser Gegenstände oder bei ihren Auftraggebern einzuholen. Als Stichtag für die Erhebung ist der 12. März 1917 angesetzt. Spätestens am 17. März 1917 müssen die Meldungen bei den mit der Einsammlung beauftragten Stellen, also den Magistraten, Landräten usw. eingereicht sein.

* **Die Städtische gewerbliche Fortbildungsschule geschlossen.** In sämtlichen Klassen der gewerblichen Fortbildungsschule fällt der Unterricht bis einschließlich 10. März aus.

* **Erhebung über den Kohlenverbrauch der Fabriken.** Für die Kohlenversorgung 1917 ist eine Erhebung des Kohlenverbrauchs der wichtigeren Industriezweige durch das Kriegsamt angeordnet. Die Versendung und die Einsammlung der Fragebogen für den hiesigen Bezirk geschieht durch die Handelskammer zu Halle. Diejenigen kohlenverbrauchenden Betriebe, die über den Umfang des Handwerks hinausgehen und einen Fragebogen in diesen Tagen nicht erhalten haben, können einen solchen von der Handelskammer zu Halle einfordern. Auf vollständige Ausfüllung und schleunigste Rückgabe der Fragebogen an die Handelskammer wird besonders Wert gelegt.

* **Ueber die Knappheit an Geflügelfutter** sagt eine amtliche Notiz: Aus den Kreisen der Geflügelzüchter wird über außerordentlich starken Mangel an Geflügelfutter, insbesondere an Hühnerfutter geklagt, so daß es kaum möglich ist, unsere Geflügelbestände durchzuhalten und die Eiererzeugung ergiebig zu gestalten. Die Landesfuttermittelstelle verfügt aber leider nur über sehr geringe Vorräte, aus denen den städtischen Geflügelzüchtern für jedes Tier etwa 10 bis 15 Gramm täglich zur Verfügung gestellt werden sollen, während für die ländlichen Züchter eine Menge von 5 Gramm für jedes Tier bestimmt ist. Ob es sich aber durchführen lassen wird in diesem Umfange, der naturgemäß keineswegs als ausreichend anzusehen ist, Futter zu liefern, ist noch nicht sicher. Ursprünglich wurden die aus der vorjährigen Ernte stammenden Futtermittel privaten Betrieben zur Verarbeitung überwiesen, die auch die Verteilung übernahmen. Neuerdings wird jedoch auch das Geflügelfutter lediglich durch staatliche oder kommunale Vereinigungen zugeteilt. Als Geflügelfutter kommt gegenwärtig in erster Linie in Betracht ausländische Gerste mit Rücksicht auf den hohen Preis, ferner beanstandete Gerste, Ausputzgerste und Reinigungsabfälle des Brotgetreides.

* **Ergänzung der Höchstpreise für Zündhölzer.** Der Reichskanzler hat im Wege einer Aenderung der Ausführungsbestimmungen über den Verkehr mit Kündwaren vom 16. Dezember 1916 die für inländische Zündhölzer erlassenen Höchstpreisbestimmungen durch Aufnahme von Vorschriften über einige bisher nicht berücksichtigte Arten von Hölzern und Packungen ergänzt. Gleichzeitig hat er bestimmt, daß der Preis für ausländische Zündhölzer beim Verkauf an den Verbraucher für das Pack zu je 10 Schachteln 75 Pf., für zwei Schachteln 15 Pf. nicht übersteigen darf.

* **Stadttheater.** Heute, Mittwoch, findet die erste Wiederholung von Verdis Oper Ein Maskenball statt. Der Donnerstag bringt eine Aufführung der beliebten Operette Das Dreimäderlhaus, während für Freitag Hebbels Gyges und sein Ring nochmals angesetzt ist. Am Sonntag abend kommt zum ersten Male Neßlers populärstes Werk Der Trompeter von Säkkingen zur Aufführung. Die Oper zählt to[illegible]lich zu den volkstümlichsten Bühnenwerken. Die Wiederaufnahme in den Spielplan wird sicher mit Freuden begrüßt werden.

* **Ueberstriebene Gerüchte über Pockenfälle,** die sich in Halle im Reservelazarett Francesche Stiftungen ereignet haben sollen, sind seit mehreren Tagen in Umlauf. Tatsache ist lediglich, daß am Ende der vorigen Woche ein Soldat, der in das Reservelazarett Francesche Stiftungen eingeliefert wurde, unter pockenähnlichen Erscheinungen erkrankte. Man hat den Mann sofort in die medizinische Klinik übergeführt, und dort stellte es sich heraus, daß in Wirklichkeit eine Erkrankung an Pocken vorgleich für jeden Verkehr gesperrt. Es sind umfangreiche Desinfektionen vorgenommen und sämtliche Insassen haben sich der Schutzimpfung unterziehen müssen. Der Erfolg ist der, daß bisher, also nach 1½ Wochen, kein neuer Fall von Pockenerkrankung zu verzeichnen war.

* **Betrug.** Gegen Mitte Februar hat eine Frauensperson in einem Geschäft in der Poststraße unter dem Vorgeben, von Frau Oberstleutnant Kersten, Platanenstraße 16, hierzu beauftragt zu sein, ein Dutzend Alpaka-Eßlöffel für 17 Mk. gekauft, die ihr auf diese Angabe und auf einen entsprechend lautenden Zettel hin ohne Bezahlung mitgegeben worden sind. Die Sache hat sich als Betrug herausgestellt. Die Betrügerin wird beschrieben als 22 bis 25 Jahre alt, etwa 1,60 Meter groß, kräftig, mit dunkelblondem Haar, blassem, vollem Gesicht, bekleidet mit grau- und weißgestreiftem Jackett, schwarzem, roigestreiftem Kopftschal, graubraunen, schmutzigen Handschuhen. Angaben zur Ermittelung der Betrügerin werden von der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 6, Zimmer 36 oder 37 entgegengenommen.

Aus der Provinz.

Geburtshilfefürsorge durch die Gemeinden.

Nach den großen Opfern, die der Krieg an Toten gebracht und täglich noch bringt, muß es die höchste Aufgabe sein, für den Ausfall von Menschenkräften Ersatz zu schaffen. Behördlich ist alles zu begünstigen, was der Schonung unserer Volkskraft dienlich ist. Deshalb haben Staat und Kommune die ganz besondere Pflicht, der Geburtenhilfe und Säuglingsfürsorge eine erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen.

In der Säuglingsfürsorge findet man wenigstens einen Anfang. Um die Geburtshilfe kümmerte man sich bis jetzt überhaupt nicht, von den Kriegsmaßnahmen abgesehen. Und auch diese Verordnungen, die uns der Krieg gebracht, sind völlig unzulänglich im Verhältnis zu den Maßnahmen, die wir in der Schweiz bereits finden. Auch die Fürsorge der einzigen deutschen Stadt, Offenbach, ist unzureichend im Verhältnis zum Schweizer Vorbild.

In Basel z. B. trägt bei armen Wöchnerinnen der Staat die Kosten für die Geburt. Ferner sind die unbemittelten Frauen poliklinikberechtigt, d. h. sie haben Anspruch auf unentgeltliche ärztliche Geburtshilfe und unentgeltliche Verpflegung und Behandlung im Frauenhospital.

Selbst ganz kleine Gemeinden haben die Geburtshilfefürsorge in diesem Sinne eingeführt, so z. B. die Gemeinde Grafstall, die nicht einmal 1000 Einwohner zählt. Für jede Geburt zahlt die Gemeinde dort 25 Frank, und wenn ein Arzt zugezogen werden muß, wird auch der von der Gemeinde bezahlt.

Warum soll dergleichen nicht in deutschen Gemeinden möglich sein? Jede Geburt bedeutet für die Allgemeinheit einen Gewinn an wirtschaftlicher Kraft, darum muß die Allgemeinheit auch dafür sorgen, daß die Geburt vollendet und sachgemäß vollzogen wird. Wir wollen hoffen, daß man in dieser Beziehung nach dem Kriege allerorts mehr Verständnis für die Frage besitzt als bisher.

Torfstreu statt Stroh.

Im Anschluß an eine Bekanntmachung der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte in Berlin, daß sie erhebliche Mengen Torfstreu durch Vermittlung der Kommunalverbände zur Verfügung stellen könne, sei auf eine den Ersatz durch Torfstreu betreffende Abhandlung von Professor Dr. Mach hingewiesen, die von der Großh. Badischen Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Augustenberg mitgeteilt wird. Hiernach würden durch die Verwendung von Torf zur Einstreu erhebliche Strohmengen frei werden. Der Vermehrung der Futterstoffe wäre dadurch in hohem Maße gedient, denn aufgeschlossenes Strohmehl ist ein hochwertiges, leicht verdauliches Futtermittel, und ebenso würden erhebliche Mengen von Strohhäcksel für das Aufsaugen der Melasse an Stelle des futterwertlosen Torfes benutzt werden können. Die Nachfrage nach Stroh wird im Laufe des Winters und Frühjahrs mit großer Wahrscheinlichkeit trotz der reichen Ernte wachsen. Die Verwendung von Torf zur Einstreu bietet auch wesentliche unmittelbare Vorteile. Gute, hinreichend zerkleinerte Torfstreu (Moostorf) saugt mindestens die doppelte Feuchtigkeitsmenge auf wie Stroh, die Tiere erhalten ein trockeneres, wärmeres Lager, die tierischen Ausscheidungen werden nahezu vollständig festgehalten, wodurch sich der Düngewert des Stalldüngers erhöht, die Behandlung des Stallmistes auf der Düngerstätte wird vereinfacht, daß verlustbringende Abfließen der Jauche von der Düngerstätte vermieden, die Stallluft verbessert, die Durchlässigkeit schwerer Böden und die Fruchtbarkeit leichter sandiger Böden erhöht.

Ueberdies macht der Landwirt ein gutes Geschäft, denn an Stelle von 20 Zentnern Stroh verbraucht er für ein Stück Großvieh im Jahre höchstens 15 Zentner Torfstreu. Diese Menge kostet zur Zeit etwa 28 bis 33 Mk., während man für die Tonne Stroh mindestens 40 Mk. erzielt. Dazu kommt, daß durch die Torfstreu noch 10 bis 15 kg Stickstoff mehr festgehalten werden als durch die Stroheinstreu, was einem weiteren Gewinn von 10 bis 15 Mk. gleichkommen dürfte. Nach alledem empfiehlt der Verfasser mit Recht, der Verwendung von Torfstreu auch in diesem strohreichen Jahre größte Beachtung zu schenken.

Gutes Geschäft

Der Zuschlag zu den Friedenspreisen für die zum Kriegsdienst während der Zeit vom 1. September bis 19. November 1916 eingezogenen Pferde ist nachträglich auf 75 der Friedenspreise festgesetzt worden. — Mit diesem Preise werden die Agrarier jedenfalls sehr zufrieden sein. Denn die Landwirte haben, soweit bekannt, für die Aushebungen im Oktober 50 Prozent Zuschlag zu dem Friedenspreise erhalten; sie werden jetzt ermächtigt, die Erhöhung von 25 Prozent anzumelden.

Merseburg. Ueber Abgabe und Entnahme von Brot und Mehl im Kreise Merseburg ist vom Landrat folgendes angeordnet: Alles Brotgetreide (Roggen und Weizen), auch das für Selbstversorger ist auf mindestens 94 Proz. auszumahlen. Für die versorgungsberechtigte Bevölkerung wird Roggenbrot (Schwarzbrot) im Gewicht von 4 Pfund und 6 Pfund hergestellt, mit mindestens 26 Pfund pro Zentner Weizenmehlzusatz, doch kann zur Herstellung des Schwarzbrotes bis zu 30 Pfund der Zentner Weizenmehlzusatz verwandt werden. Als Weißbrot wird ein Weizenmehlgebäck im Gewicht von 146 Gramm zum 10 Pfennig-Verkauf als Einheitsgebäck hergestellt. Für Kranke und Säuglinge bis zu einem Jahre soll ein besonderes Weißbrot und Zwieback aus weniger hoch ausgemahlenem Weizenmehl hergestellt werden. Andere Backwaren als die oben angeführten dürfen nicht hergestellt werden. Die Preise für die Backwaren bleiben dieselben wie bisher, ebenso die Preise für Mehl im Kleinhandel. Die Mehlpreise im Großhandel werden wie folgt festgesetzt: 100 kg Roggenmehl auf 32 Mk., 100 kg Weizenmehl auf 37,50 Mk.

Die Abgabe von besonderem Weißbrot an Kranke und von Zwieback an Säuglinge kann nur auf besondere Brotmarken, die durch die Magistrate rc. gegen Rückgabe von entsprechenden anderen Brotmarken zu erhalten sind, unter Beibringung eines ärztlichen Attestes bei Kranken und der Geburtsurkunde bei Säuglingen erfolgen. Diese besonderen Brotmarken sind von den Bäckern auf Bogen, getrennt von den anderen Brotmarken aufzukleben und einzureichen, sie berechtigen zum Bezuge von geringer ausgemahlenem Weizenmehl.

Leuna. Wo bleibt die Hindenburgspende? Ein Arbeiter schreibt uns: „In den Frostwochen vom Montag, den 12. Februar, ab wurde hier die Hindenburgspende, die für die Schwerarbeiter bestimmt ist, verkauft. Da nun der größte Teil der Arbeiter, der wegen des starken Frostes ausschen mußte, erst bei Beginn des Tauwetters zurückkehrte, haben diese zahlreichen Arbeiter keine Wurst oder Speck bekommen. Ohne uns Aufklärung zu geben, wurde uns der Bescheid, daß die Hindenburgspende bereits ausverkauft ist! „Wo" ist nun die Wurst oder der Speck, welcher für Schwerarbeiter bestimmt ist, geblieben? Hoffentlich gibt die Werksleitung ihren Arbeitern hierüber Aufklärung!"

Soweit uns bekannt ist, liegt der Grund für die Benachteiligung der Ausstehenden mit darin, daß viele Firmen die Ausstehenden sofort abmeldeten. So meldete eine Firma allein 3000 Arbeiter für einige Wochen ab. Diese Abgemeldeten sind dann wohl auch bei der Umrechnung der Hindenburgspende nicht mit berücksichtigt worden. Weiteres darüber muß die Kantinenverwaltung sagen können.

Eisleben. Lebensmittelsorgen. Heringe gab es hier seit langer Zeit das erstemal wieder; etwa 10 cm lang und für 13 Pfg. das Stück. Der Ansturm über die kleine Ware war allgemein, gleichwohl mußten sie gekauft werden, um nur etwas zu haben. Vergebens zerbricht die Bevölkerung sich den Kopf, wieso es so gar rar mit diesem Proletarierfisch geworden ist. — Beim Verkauf der städtischen Teigwaren wird von einzelnen Krämern nicht unparteiisch verfahren. Wem sie keine verkaufen wollen, der bekommt eben nichts; da ist schon früh angeblich nichts mehr da. Aber nachmittags kann mancher bessere Kunde die ausverkaufte Ware noch bekommen. Solche Fälle müssen von jetzt an der Behörde gemeldet werden, damit den Leuten, die so mit städtischer Ware handeln, nichts mehr zum Verkauf übergeben wird. — Hoffentlich gibt es jetzt regelmäßiger Brotaufsicht, das ist hier allgemeiner Wunsch.

— Nahrungsmittelfälschung. Vor dem Schöffengericht war der Fleischergesetze Kurt Böttcher angeklagt, Rotfleisch dadurch verfälscht zu haben, daß er dem von seinem Meister Eulenhiem zum Verkauf gestellten Rotfleische schwefligsaure Salze (Konservierungsmittel) zusetzte. Das Urteil lautet wegen Nahrungsmittelfälschung auf 25 Mk. oder fünf Tage Gefängnis.

Artern. Stadtverordnetensitzung. An Stelle des Magistratsbeigeordneten Justizrat Wirth, der sein Amt niedergelegt hat, wurde einstimmig Rechnungsrat Seidel gewählt. Dem Magistratsbeschluß: die Gebühren für Benutzung des Röntgen-Apparates zu erhöhen, wurde zugestimmt; künftig gibt es für alle Benutzenden nur eine Zahlungsweise. Nach Kenntnisnahme vom Sparkassenüberschuß wurde dem Rendanten Entlastung erteilt. In Abänderung der Sparkassensatzungen wurde beschlossen, Kriegsanleihen-Sparbücher auszugeben für Zeichnungen von 1 bis 500 Mk. Der Eingahler erhält 4½ Prozent, die Sparkasse zeichnet für ihn die Kriegsanleihe und übernimmt die Haftung; das Mißtrauen der Bevölkerung gegen die Sicherheit der Kriegsanleihe soll damit beseitigt werden. Nach Kenntnisnahme von einer Verfügung des Regierungspräsidenten über Straßenkanalisation beschloß die Versammlung, die Sache bis nach Beendigung des Kriegszustandes zurückzustellen, da der Geldmarkt zu unsicher, die Materialien zu teuer und die Arbeitskräfte jetzt nicht vorhanden seien. Eine längere Aussprache erforderte die Beschlußfassung über die Einrichtung eines Kinderhortes. Der Magistrat ist in Unterhandlung mit dem hiesigen Vaterländischen Frauenverein getreten. Er hatte als städtischen Zuschuß Heizung und Licht zugebilligt. Der Frauenverein forderte aber noch 300 Mk. Barzuschuß, weil der von der Stadt zur Verfügung gestellte Raum im alten Gericht nach ärztlichen Gutachten den Anforderungen nicht entsprach. Vom Frauenverein war ein Raum in der Saline ausersehen. Der Bergfiskus verlangte dafür aber 350 Mk. Miete. Die Versammlung beschloß: 300 Mk., aber keine Heizung und Licht in Aussicht zu stellen, wenn der Bergfiskus den Raum unentgeltlich abgibt und der aufgestellte Etat dem Magistrat zur Einsicht vorgelegt wird. Bei einem Teil der Stadtverordneten erfreute sich dieser Punkt keines großen Wohlwollens, auch sollten von den unterzubringenden 11 Familien mit 19 Kindern noch ein Teil gestrichen werden. Der Stadtverordnete Möhius, der für die Einrichtung zunächst warme Worte fand, ging sogar so weit, zu fordern, daß Kinder, deren Mütter nach Sömmerda auf Arbeit gingen, ausgeschlossen

Die uns aus den besetzten Gebieten zugewiesenen **Teppiche** sind jetzt eingetroffen und zu den behördlich festgesetzten Preisen verkaufsbereit.

Teppiche u. Vorleger in allen Grössen. Axminster, Tournay und Seide, Blumen- und Perser-Muster.

A. Huth & Co. Halle a. d. S., Gr. Steinstr. 85/86 Marktplatz 21.

Schaufenster Gr. Steinstrasse, Brüderstrasse u. Neuhäuser sind beachtenswert. 4268

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191702 28-18/fragment/page=0007

würden; es gäbe hier in Artern Arbeit genügend. — Jedenfalls meint er wohl die „gutbezahlte" Landwirtschaft?

Holzweißig. Seine Landsleute bestohlen. Der 15jährige Landarbeiter Laszewski hatte die Koffer seiner drei mit ihm arbeitenden Landsleute in Holzweißig aufgebrochen und sich Kleidungsstücke und Geld angeeignet. Seine Tat wurde sofort entdeckt und ihm alles bis auf 2 Mark Bargeld wieder abgenommen. Er wurde jetzt zu sechs Monaten Gefängnis antragsgemäß wegen Einbruchsdiebstahls verurteilt.

Delitzsch. Die Familien-Unterstützungen für die erste Hälfte des Monats März werden von der Stadthauptkasse am Donnerstag, den 1. März, von 8 bis 1 Uhr vormittags an die Inhaber der Erkennungskarten von Nr. 651—1300 und folgende ausgezahlt.

Eilenburg. Familienunterstützung. Die Familienunterstützungen für die erste Hälfte des Monats März 1917 werden gezahlt am: Mittwoch, den 28. Februar, für Nr. 1—750, am Freitag für Nr. 751—1500 und Sonnabend von 1501 bis Schluß.

Düben. Der Eisenhammer unter dem Hammer. Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit, aber nicht immer quillt neues Leben aus den Ruinen. Das zeigt recht deutlich das Schicksal des allen Besuchern der Dübener Heide bekannten historischen Gasthauses Zum Eisenhammer. Vor einigen Jahren durch Brand zerstört, ist sein Aufbau zwar begonnen, aber infolge des Krieges nicht zu Ende geführt. Jetzt kommt das Anwesen mehr den zugehörigen Grundstücken zum gerichtlichen Verkauf, wo für den 18. Mai Termin angesetzt ist.

Annaburg. Vom Zuge überfahren. Am Sonntag abend wurde in der Nähe des hiesigen Bahnhofes auf dem Bahnkörper die Leiche einer weiblichen Person aufgefunden, der der Kopf glatt vom Rumpf abgefahren war. Die Tote wurde als die 19jährige frühere Kellnerin Emmy Althaus aus Zerbst festgestellt. Nach den vorgefundenen Briefschaften liegt Selbstmord aus unglücklicher Liebe vor.

Dessau. Der Mord in Kleinweißandt. Vor dem Schwurgericht kam gestern der Mord in Kleinweißandt zur Verhandlung. Angeklagt ist der Hofmeister Karl Spröte, geboren am 10. November 1872 zu Unterfarnstedt bei Querfurt. Er schloß am 22. Mai 1899 zu Schraplau, wo er Steinbruchsarbeiter war, die Ehe mit der am 14. November 1870 geborenen Helene Rubel. Die Ehe blieb kinderlos. Sprröte hat neun Vorstrafen erlitten wegen Diebstahls, Hausfriedensbruchs, Körperverletzung, vorsätzlicher Brandstiftung, Bedrohung und Beleidigung. Körperverletzung und Nötigung. Er ist jetzt beschuldigt, am 5. Dezember 1916 zu Kleinweißandt seine Ehefrau vorsätzlich und mit Ueberlegung getötet zu haben. Zur Beweiserhebung sind 24 Zeugen geladen. Nach zweitägiger Verhandlung wurde Spröte zum Tode verurteilt.

Das Volksblatt

ist das beste Bindeglied der zum Heeresdienst im Felde eingezogenen Leser mit ihrer alten, ersehnten Heimat. Es ist auch bei der gegenwärtigen Lebensmittelknappheit für die meisten

die einzig mögliche Liebesgabe.

Der Versand erfolgt am schnellsten und regelmäßigsten durch den Verlag gegen Zahlung von monatlich 80 Pf.

Auswärtige Besteller wollen die Zahlung der Portoersparnis halber **an unsere Austräger** oder mittels Zahlkarte **auf das Postscheckkonto 16195 beim Postscheckamt Leipzig leisten.** — Adresse auf dem Zahlkartenabschnitt genügt.

Allerlei.

Das Eisenbahnunglück in Schweden.

Die Zahl, der bei dem Eisenbahnunglück bei Holm in Schweden getöteten russischen Invaliden, beträgt 11, verletzt wurden 40. — Mit dem Zuge fuhren 228 Invaliden, zwei Offiziere und fünf Pflegerinnen.

Ein weiteres Eisenbahnunglück ereignete sich bei Sterpenich an der luxemburgisch-belgischen Grenze durch Zusammenstoß eines aus der Richtung Arlon kommenden Personenzuges und des Schnellzuges Luxemburg-Brüssel. Es gab eine Anzahl Tote und Verwundete.

Explosion auf einem Personendampfer. Aus Malta wird nach Paris gemeldet: Auf dem großen französischen Amerikadampfer Saint Laurent erfolgte eine schwere Explosion im Maschinenraum. Wie es heißt, sind mehr als 20 Personen getötet worden.

Sechs Schnitter an Gasvergiftung gestorben. Auf dem Rittergute Deetz bei Leippehne erstickten sechs Schnitter durch Einatmen von Kohlenoxydgas.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Donnerstag, den 1. März: Meist trübe, milder, leichte Niederschläge.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Im Hause der Gewerkschaften, Harz 42/44, Zimmer 5 bis 7.

Sprechstunden **nur** wochentags von 11—1 Uhr und abends von 5—8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags **geschlossen.**

Verantwortlich für: Politik, Wirtschaftspolitik und Parteinachrichten Paul Hennig; Unterhaltungsbeilage, Gewerkschaftliches und Allerlei Karl Bock; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Wilhelm Koenen; Anzeigen Wilhelm Hertzig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Gewerkschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Rasch und sicher wirkend bei: **Gicht Rheuma Ischias** | **Hexenschuss Nerven- und Kopfschmerzen**

Jogal

Ärztlich glänzend begutachtet. Hunderte von Anerkennungen. Ein Versuch überzeugt. Togal-Tabletten sind in allen Apotheken erhältlich. Preis 1,40 Mk. und 3,50 Mk. *1559

640

Es zieht!

Wie leicht holt man sich dabei eine Erkältung oder doch wenigstens eine lästige Heiserkeit.

Wybert TABLETTEN

Wählen davor, denn sie erhöhen den Speichelfluß und beugen so, auf natürliche Weise desinfizierend, den Folgen einer Erkältung vor. Sie enthalten keine Mineralien und wirken daher nicht störend, sondern eher günstig auf die Verdauung.

Schachtel mit 400 Tabletten in allen Apotheken und Drogerien Mk. 1.— Warnung vor Nachahmungen! — Verlangen Sie stets „Wybert".

Patent-Fahrradreifen,

bestens bewährt — sehr haltbar, ständig beschlagnahmefrei! — bei Flugzeug-Werften eingeführt! liefere jetzt auch direkt an Private. Preis pro Paar 22.—. (Räder einsenden). 4266

Kurt Litzenberg, Halle, Gr. Steinstrasse 11.

Lumpen, Knochen, Eisen, Metalle, Papier kauft **Albert Bode jun.,** Große Klausstr. 22. 3604

Mode-Zeitungen empfehlen die **Volksbuchhdlg.**

Franz Zenk

Tel. 3428 Hauptgeschäft: **Kleiner Berlin 2, Ecke Sternstr.** Tel. 3428

Strohhut- u. Filzhutfabrik

mit Dampfbetrieb und hydraulischen Pressen. 4260

Zweiggeschäfte mit Annahmestellen:

Geiststrasse 15 (Adler-Apotheke),

Ludwig Wuchererstrasse 86 (neben dem Garten der Aktien-Bier-Brauerei).

Eröffnung am 1. März 1917.

Kinderkleidchen

für Sonn- und Alltag in stets großer Auswahl, alle Längen in Woll-, Samt- und Waschstoffen im **Kaufhaus H. Elkan,** Leipzigerstr. 87. [4267

Was muß ich jetzt d. Militär wissen?

Eine praktische Ergänzung zu den Kriegs-Berichten.

Was ist eine Division?, eine Brigade?, eine Batterie? und **viele militärische Fragen** beantwortet in alphabetischer Reihenfolge diese Broschüre.

Preis 10 Pfg.

Zu beziehen durch die Volks-Buchhandlung, Halle (Saale), Harz 42/44.

Frühjahrs-Neuheiten:

Hüte – Kleider

Kostüme

Mäntel – Röcke

Blusen

Kleiderstoffe

Weisswaren.

Alex Michel

MITGLIED DES RABATT-SPAR-VEREINS.

4264

Schulbücher aller Art empfiehlt die **Volksbuchhandlung.** Halle a. d. S., Harz 42/44.

Amtliche Bekanntmachungen.

Die in verschiedenen hiesigen Zeitungen erschienene Notiz: „Wieviel **Kartoffeln** hat der einzelne bisher von seinem Wintervorrat verbrauchen dürfen?" bringt eine **falsche Berechnung** und ist geeignet, unter dem Publikum Verwirrung hervorzurufen. **Richtig** ist vielmehr **folgendes:**

Nach der Bekanntmachung des Magistrats vom 2. Dezember 1916 durften die Haushaltungen, welche Wintervorräte an Kartoffeln besaßen, diese **erst von Montag, den 4. Dezember 1916, an** verbrauchen. Die Verbrauchsmenge für den Kopf und die Woche war **zunächst** auf 5 Pfund Kartoffeln festgesetzt. Der von der Stadt den einzelnen Haushaltungen gelieferte Wintervorrat von 1 Zentner für den Kopf mußte also ursprünglich für den Bedarf in der Zeit vom 4. Dezember 1916 bis 15. April 1917 ausreichen. Inzwischen ist jedoch die wöchentliche Verbrauchsmenge vom 22. Januar 1917 bis 11. Februar 1917 auf 4 Pfund, und vom 12. Februar 1917 an auf 3 Pfund für den Kopf festgesetzt worden. Es durften somit für den Kopf nur verbraucht werden in der Zeit: vom 4. Dezember 1916 bis 21. Januar 1917 (gleich 7 Wochen zu je 5 Pfund) 35 Pfund; vom 22. Januar 1917 bis 11. Februar 1917 (gleich 3 Wochen zu je 4 Pfund) 12 Pfund; vom 12. Februar 1917 bis 25. Februar 1917 (gleich 2 Wochen zu je 3 Pfund) 6 Pfund; zusammen 53 Pfund.

Also beträgt die Menge, die **bis zum 25. Februar verbraucht** werden durfte, **nicht** 130 Pfund, wie jene Notiz ausrechnet, **sondern nur 53 Pfund.**

Selbstverständlich **verlängert sich** durch die Herabsetzung der Verbrauchsmenge die Periode der Winterversorgung entsprechend **über den 15. April hinaus.**

Die Haushalte, die mit Winterkartoffeln versorgt sind, **müßten also,** wenn die wöchentliche Verbrauchsmenge auch weiterhin auf **3 Pfund** für den Kopf festgesetzt werden sollte, und wenn man, entsprechend der längeren Verbrauchszeit, **einen Schwund von etwa 10 Prozent rechnet,** mit dem Vorrat **von 1 Zentner für den Kopf bis zum 19. Mai d. J. reichen. Vor diesem Zeitpunkte können die mit 1 Zentner für den Kopf versorgten Haushaltungen auf weitere Kartoffelzuteilungen nicht rechnen.**

Halle, den 26. Februar 1917. **Der Magistrat.**

Auf Grund des § 12 Ziffer 1 der Verordnung des Bundesrates über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September / 4. November 1915 (RGB. S. 607) wird folgendes angeordnet:

1. Alle Unternehmer oder Leiter von Betrieben in Halle, in denen **Milch erzeugt** wird, ferner alle Personen, die in Halle **Milch im Handel** oder **gemeinnützig** abgeben, werden hiermit aufgefordert, bis **Montag,** den 5. März, anzugeben, **wieviel** Milch sie an den einzelnen Tagen **vom 22. bis 28. Februar** an Verbraucher **abgegeben** haben bzw. **von wem** sie die Milch **bezogen** haben und **wieviel.**

2. Die Milchabgeber in Halle werden angewiesen, zugleich mit der in Ziffer 1 bezeichneten Anmeldung gemäß § 10 der Verordnung des Magistrats vom 10. November 1916 anzugeben, **wieviel Kunden** bei ihnen angemeldet sind, und **wie groß die Milchmenge** ist, welche an diese Kunden abzuliefern ist. Die zu liefernde Menge ist **getrennt** nach **Vollmilchkarten** und **Gelegenheitskarten** anzugeben. — Für die Anmeldung können vom Magistrat, Stadt-Ernährungsamt, Schmeerstr. 1, Zimmer 20, Vordrucke bezogen werden.

3. Die Unterlassung der Anmeldung, wissentlich unvollständige oder unrichtige Angaben werden gemäß § 17 der obengenannten Verordnung des Bundesrates mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder an Geld bis zu 1500 Mk. gestraft.

Halle, den 26. Februar 1917. **Der Magistrat.**

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiesenen geräucherten **Schellfische, Sprotthücklinge** und **Bücklinge** wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am **Donnerstag,** den 1. März 1917 und findet in nachstehenden Verkaufsstellen statt:

Gebr. Jorn, Zwanziger, Roeder, G. Schnabel, E. Schnabel, K. Jdde, H. Nolte, C. O. Busch, A. Nothnagel, O. Gottschalk, A. Bernhardt, Pottel u. Broskowski, M. Schulze, C. Stimme, Martha Ziegler, Lorenz, Schwerindustrie, Dampffischereigesellschaft Nordsee, Gaertner, K. Pfeiffer, A. Schnabel, P. Schnabel, Pfeiffer u. Hase, H. Doller, E. Hoefer, O. Rohrmann, Sprengel u. Rink, H. Bartels, L. Eisfeld, Fr. Hoefer, H. Wönicke, W. Krahnert u. Ko.

Für **jede Person** eines Haushaltes **kann ein Bückling** bzw. **½ Pfund geräucherter Schellfische** oder **Sprotthücklinge** abgegeben werden. Die Verkäufer haben gemäß der Verordnung des Magistrats vom 28. Juni 1916 den Buchstaben F („Fische"), die entnommene Anzahl bzw. das Gewicht der Fische und das Datum unter Rubrik C des Lebensmittelscheines mit Tinte oder angefeuchteten Tintenstift einzutragen, und den Abschnitt 2 des Warenbezugsscheines II abzutrennen. Personen, an deren Schein sich der Abschnitt 2 **nicht** mehr befindet, dürfen **keine** Fische erhalten. Da genügende Fischwaren vorhanden sind, kann voraussichtlich jeder Käufer befriedigt werden. Diejenigen Personen, welche bei dem diesmaligen **Verkauf keine** Fische bekommen haben, werden bei dem nächsten Verkauf vorzugsweise berücksichtigt. Die Verkaufspreise sind in den betreffenden Geschäften an sichtbarer Stelle kenntlich zu machen. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt **im Stadt-Ernährungsamt,** Schmeerstraße 1, Türaufgang zum Statistischen Amt, 2. Obergeschoß, **binnen drei Tagen** abzugeben. Zuwiderhandlungen **werden gemäß der** eingangs erwähnten Bundesratsverordnung bestraft; **auch kann die Schließung des Geschäftes oder die Entziehung des weiteren Verkaufs der städtischen Ware verfügt werden.**

Halle, den 28. Februar 1917. **Der Magistrat.**

Da unsere seitherigen wiederholten Mahnungen nicht genügend beachtet worden sind, wird hiermit auf Grund des § 12, Ziffer 1 der Verordnung des Bundesrats vom 25. September 1915 (R. G. Bl. S. 607 u. ff.) und 4. November 1915 folgendes verfügt:

1. Der Kols oder Braunkohlenbriketts im Stadtkreis Halle herstellt oder zum Zwecke der gewerbsmäßigen Weiterveräußerung von außerhalb bezieht, hat die hergestellten oder bezogenen Mengen täglich dem städtischen Hochbauamte genau anzuzeigen. Bei der ersten Anzeige ist der etwa vorhandene Bestand an Kohle ebenfalls anzugeben. 2. Die unter 1. genannten Betriebe und Händler haben dem städtischen Hochbauamte ferner täglich Meldung zu machen, an welche Stellen die angegebenen Mengen abgegeben worden sind, und zwar getrennt a) für Heereszwecke, Rüstungsindustrie, Zivildienstbetriebe, Krankenhäuser, Lazarette, b) an Kleinhändler, c) an Inhaber von Kohlenkarten, d) an Inhaber von Bezugsscheinen, soweit sie nicht mehr unter die Anstalten zu zählen.

Es genügt für jede der unter a bis d genannten Gruppen die Angabe der Gesamtmenge. Falsche Meldungen oder Unterlassung der Meldungen unterliegen der im § 17 der oben angezogenen Verordnung angedrohten Bestrafung. (Gefängnis bis zu sechs Monaten oder Geldstrafe bis zu 1500 Mk.)

Halle, den 28. Februar 1917. **Der Magistrat.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170228-18/fragment/page=0008